



Organize!

**Extreme Rechte und
Rechtspopulismus
im Rahmen Sozialer
Arbeit**



Editorial

„Man greift sich Themen wie Ungerechtigkeit und lädt diese auf mit Ideologien der Ungleichheit.“ 6:41

Seit dem Jahr 2013 lässt sich europa- und weltweit ein Rechtsruck erkennen. Zunehmend sind dabei insbesondere soziale und zivilgesellschaftliche Einrichtungen und Träger im Fokus neurechter und rechtspopulistischer Akteur*innen. Mediale Shitstorms, parlamentarische Anfragen zu Personal und Finanzierung sowie das gezielte Unterwandern führen dabei zu Verunsicherungen der betroffenen Einrichtungen und Projekte.

Auf Wunsch von Mitarbeiter*innen der Gemeinwesen- und Sozialen Arbeit aus Marzahn-Hellersdorf veranstalteten der AStA der Alice Salomon Hochschule in Zusammenarbeit mit Polis*, der bezirklichen Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung, am 14. Mai 2018 den Fachtag „Organize! Extreme Rechte und Rechtspopulismus im Rahmen Sozialer Arbeit“. Der Fachtag diente den Teilnehmer*innen zum Austausch, zur Vernetzung um in Zukunft selbst aktiv zu werden. In themenspezifischen Workshops wurden Fälle aus der Arbeitspraxis beraten und Fortbildungen angeboten. Die Akteur*innen trugen ihre Erfahrungen, Probleme und Handlungsoptionen zusammen und erarbeiteten zusammen neue Ideen zum Umgang mit Rechtspopulist*innen.

Die Nachfrage zum Fachtag und den Workshops war groß und zeigt, wie dringend Bündnisse und Beratungen vonnöten sind. Um eine erste Orientierung zum Umgang mit extrem Rechten und Rechtspopulismus im Tätigkeitsfeld der Sozialen Arbeit zu bieten, haben wir uns entschlossen, den Fachtag zusätzlich um diese Handreichung zu erweitern. Er soll Anhaltspunkte liefern, ersetzt aber im Zweifelsfall nicht das Hinzuziehen von fachkundigen Beratungsstellen.

Viel Spaß beim lesen und organisiert euch!

AStA der Alice Salomon Hochschule und Polis die bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung*

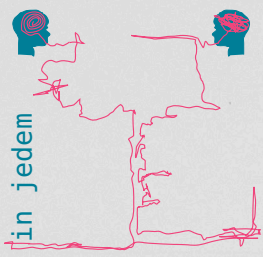
Inhaltsverzeichnis



-Zitate des Table-Talks 0:00 min

Editorial/Inhaltsverzeichnis

- 2** Editorial
- 3** Inhaltsverzeichnis
- 4** Kulturkampf von Rechts – und die ASH mitten drin
Prof. Dr. Esther Lehner
- 11** Interview: Extrem rechte und rechtspopulistische
Entwicklungen in Marzahn-Hellersdorf
Polis*
- 14** Table-Talks
“Auf Tables müssen Taten folgen”
AStA ASH
- 18** Wie schütze ich meine Einrichtung?
Polis*
- 20** Social Work can do!
Wann muss ich handeln? Umgang mit extrem
rechten Strukturen im Kontext Sozialer Arbeit
AStA ASH
- 24** Hate Speech – rechte Hetze im Netz
AStA ASH
- 28** Mit Rechten reden – fachliche Überlegungen zum
Thema Umgang mit Rechtspopulismus
(an der ASH)
Prof. Dr. Esther Lehner
- 32** #linksextremismus4real?
AStA ASH
- 38** Impressum



Kulturkampf von rechts – und die ASH mittendrin

Ein Beitrag von Prof. Dr. Esther Lehnert
ASH Berlin; lehnert@ash-berlin.eu

Hinführung

Die Veröffentlichung des Buchs „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin im Jahr 2010 kann als Zäsur betrachtet werden. In seinem Buch verbreitet der ehemalige Finanzsenator von Berlin und nach wie vor Mitglied der SPD rassistische, sexistische, biologistische, klassistische und antisemitische Positionen. Das Erschreckende hieran war und ist nicht nur die Verbreitung derartiger Positionen, sondern vielmehr, dass es sich bei dem Autor um ein anerkanntes Mitglied der bürgerlichen, demokratischen Gesellschaft handelt – mitnichten um einen Nazi. Die Tatsache, dass sich dieses Machwerk über Wochen auf Bestsellerlisten befand, gibt Hinweise darauf, dass dieses Gedankengut unter der Oberfläche der deutschen Gesellschaft geschlummert hatte und sich mit der Veröffentlichung – einer Schleusenöffnung gleich – seinen Weg in die Gesellschaft bahnte. Möglich geworden war diese rasante Ausbreitung insbesondere dadurch, dass sich hier ein Autor äußerte, der allein durch seine gesellschaftliche Position und seine Parteizugehörigkeit als Demokrat galt und von daher viel besser (als ein Nazi) die Möglichkeit hatte und nutzte, die Ideologien der Ungleichwertigkeit zu normalisieren und zu legitimieren. Der Kulturkampf von rechts hält seitdem an, bzw. stellt es sich aktuell so dar, als hätte dieser im Jahr 2018 nochmal zusätzlich Fahrt aufgenommen.



Das aktuelle Sommertheater bzw. richtiger der Sommerskandal von Seehofer und Co., in dem es um nichts mehr anderes als die Abschaffung von Menschlichkeit geht, lassen keinen Zweifel mehr darüber aufkommen, dass der Kulturkampf von Rechts in Teilen erfolgreich geschlagen wurde. Ein wichtiger Indikator hierfür ist der, dass der Kulturkampf indes ohne als solche erkennbare rechtsextreme Akteure auskommt.

Als Professionelle der Sozialen Arbeit sind wir grundsätzlich gefordert uns mit dem Erstarken des Rechtspopulismus auseinander zu setzen, mehr noch uns dieser Entwicklung entschieden entgegen zu stellen. Diese klare Haltung begründet sich sowohl in unserem professionellen Selbstverständnis unter Bezug auf das Triple-Mandat (das unsere Profession erst zu einer forschenden, wissenschaftlich fundierten macht) als auch der Frage danach, in was für einer Gesellschaft wir leben möchten.

Der Alice-Salomon-Hochschule (ASH) kommt, als der größten SAGE Hochschule in Deutschland eine besondere Verantwortung zu. Soziale Arbeit, Gesundheit, Erziehung (SAGE) in der Kindheit benötigen Demokratie, Pluralismus, Vielfalt und Emanzipation wie ein Fisch das Wasser. Außerdem trägt die ASH – als einzige staatliche Berliner Hochschule – eine besondere Verantwortung in Berlin und in Marzahn-Hellersdorf. Seit der Berliner Abgeordnetenhauswahl 2016 sitzt die Alternative für Deutschland (AfD) mit 14,2 % im Landesparlament. In Marzahn-Hellersdorf wurde sie mit 23,2 % zweitstärkste Partei und zog mit 15 Verordneten und einem Stadtrat in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Marzahn-Hellersdorf ein.

Wir als Mitglieder*innen der ASH und als verantwortliche, gesellschaftliche Demokrat*innen erleben seit einiger Zeit, dass viele Entwicklungen und Errungenschaften, deren wir uns sicher wähten (auch auf dem Gebiet der Sozialen Arbeit) sich als weniger selbstverständlich und/oder institutionalisiert erwiesen haben als erhofft: So sehen sich antirassistische, feministische und/oder queere Projekte Sozialer Arbeit auf den Prüfstand gestellt und in Teilen in ihrer wichtigen Arbeit behindert.

Mit meinem Artikel möchte ich für die Gefahren einer „Diskurspiraterie von rechts“ und einem damit immer weiter fortschreitenden Kulturkampf von rechts sensibilisieren und aufklären. Einen Schwerpunkt werde ich auf die Rolle des Antifeminismus darin setzen.

Herausforderungen für die ASH

– Gefährdung der Demokratie durch die AfD

Wie bereits in der Hinführung beschrieben, müssen wir einen gesellschaftlichen Rechtsruck konstatieren, beziehungsweise, und das ist die eigentliche Gefahr, die hiervon ausgeht und gleichzeitig diese Verschiebung erst ermöglicht – eine größer werdende Zustimmung zu den Ideologien der Ungleichwertigkeit – dokumentiert u.a. durch die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl: Das erste Mal nach 1945 ist es einer eindeutig rechtspopulistischen Partei (bezogen auf die Programmatik und das Personal) gelungen, in den Bundestag gewählt zu werden. Zwar waren nach 1945 im deutschen Bundestag immer auch Politiker*innen vertreten, die rechtsextreme Einstellungen vertreten haben oder eine eindeutige nationalsozialistische Vergangenheit hatten. Diese waren jedoch eingehegt innerhalb demokratischer Parteien. Das Neue und Alarmierende der letzten Bundestagswahl ist vielmehr, dass mit der AfD eine Partei in den Bundestag gewählt worden ist, die rassistische, sexistische, klassistische Positionen offensiv nach außen vertritt – so zum Beispiel Alexander Gauland, wenn er darüber schwadronierte, die damalige Integrationsbeauftragte der SPD Özoguz „nach Anatolien zu entsorgen“ (Fiedler 2017) – und deren Funktionär*innen immer wieder durch einen positiven Bezug auf die nationalsozialistische Vergangenheit



auffallen – wie das u.a. von dem thüringischen AfD-Vorsitzenden Björn Höcke regelmäßig getan wird. So zum Beispiel, als er auf einer Veranstaltung der Jugendorganisation der AfD/JA im Januar dieses Jahres forderte : „Wir brauchen nichts anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad.“ Unter anderen verweist der Politikwissenschaftler Alexander Häusler darauf, dass es der AfD auch darum geht, die Demokratie auszuhöhlen und zu entleeren (Häusler/Roese 2014:12, Bundesverband Mobile Beratung, 2017).

Allein diese Tatsache verdeutlicht, dass Soziale Arbeit – und damit meine ich ALLE Bereiche von Sozialer Arbeit und nicht nur Jugendarbeit, die sich der Förderung und Unterstützung von emanzipatorischen Ideen, dem Empowerment marginalisierter Gruppen und der Bekämpfung sozialer Ungleichheit verpflichtet haben, gefordert sind, dieser gesamtgesellschaftlichen Entwicklung entschieden entgegenzutreten.

Zusätzlich zu einer allgemeinen Verantwortung im Kontext des professionellen Selbstverständnisses stellen sich für die Mitglieder*innen der ASH auch ganz praktische Fragen: Was heißt es für die ASH in einem Sozialraum gelegen zu sein, in dem die Zustimmung zur AfD durchschnittlich mit am höchsten im Bezirk lag? Welche Konsequenzen hat das für unsere Position, Auftreten und Agieren im Sozialraum?

Eine unmittelbare Folge der letzten Berliner Wahl ist, dass die AfD seit vorletztem Herbst Anspruch auf den Posten eines Bezirksstadtrats hat. Thomas Braun ist Stadtrat für die Bereiche Bürgerdienste und Wohnen und ist u.a. dadurch aufgefallen, dass er die Erteilung von Wohnberechtigungsscheinen für Geflüchtete verweigerte (Mai im Neuen Deutschland, 4.3.2017).

Bisher war es Usus, dass die jeweilige Bezirksbürgermeister*in an unterschiedlichen Veranstaltungen der ASH und auch an Veranstaltungen im Kontext Sozialer Arbeit in genau dieser Funktion teilnimmt, bei uns an der ASH zum Beispiel bei der Begrüßung der Erstsemester*innen. Was bedeutet das für die ASH, wenn die Bezirksbürgermeisterin diesen Termin nicht wahrnehmen kann? Müssen wir dann damit leben, dass ein*e AfD-Funktionär*in unsere neuen Studierenden begrüßt? Müssen sich Einrichtungen der Sozialen Arbeit bei uns im Bezirk grundsätzlich darauf einstellen, dass Funktionär*innen der AfD bei Veranstaltungen dabei sind und Rederecht einfordern? Welche rechtlichen Möglichkeiten gibt es hier? Können wir uns auf unsere Hausordnung berufen? Was bedeutet die Präsenz der AfD für Hochschulangehörige in ihrem bezirklichen Engagement (und in Berlin)? Und zwar sowohl auf persönlicher Ebene als auch auf der Ebene der Repräsentation?

An dieser Stelle sei mit wenigen Beispielen darauf verwiesen, mit welchen Positionen die AfD im Bezirk (und darüber hinaus) bisher aufgetreten ist und welcher rechtspopulistischen Strategien sie sich bedient:

Auf der Facebook-Seite des AfD-Bezirksverbandes Marzahn Hellersdorf wird im Dezember 2016 gegen den Kaulsdorfer Weihnachtsmarkt mit dem Bezug auf eine „drohende Islamisierung“ gehetzt. Antimuslimischer Hass ergießt sich daraufhin in den zahlreichen Kommentaren im Netz.

In einer Bezirksverordnetenversammlung im Dezember 2016 kritisiert der SPD-Verordnete Dmitri Geidel Äußerungen des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der AfD Bernd Pachal. Dieser hatte sich auf die „kluge Politik“ von Reinhard Heydrich in Prag im Nationalsozialismus bezogen. Zur Erinnerung: Reinhard Heydrich war als Organisator und Leiter der „Wannseekonferenz“ zentral verantwortlich für den Holocaust und u.a. bekannt als „Schlächter von Prag“.

Was nun passiert ist symptomatisch für das Vorgehen der AfD und ein Beispiel für eine klassische rechtspopulistische Strategie – der bewusste Tabubruch: Die AfD-Fraktion distanziert sich von den Äußerungen ihres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und



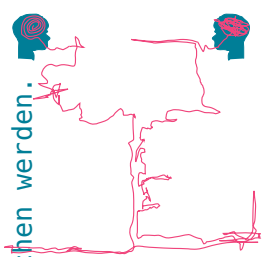
erklärt, sich in der nächsten BVV dazu zu äußern: In dieser BVV relativiert der damalige zweite Vizevorsitzende, Werner Wiemann, die Äußerungen damit, dass Pachal gesagt hat, seine Aussagen seien falsch verstanden worden. Eine inhaltliche Distanzierung findet nicht statt. Im Gegenzug wirft der AfD-Verordnete Wiemann dem SPD-Verordneten Geidel vor, Hasspropaganda zu betreiben (Ingo Salmen im Tagesspiegel, 26.01.2017). Eine Folge des bewussten Tabubruchs ist die Normalisierung rechten Gedankenguts – in dem Fall Verherrlichung des Nationalsozialismus. Wenn das Überschreiten roter Linien immer öfter passiert, stellt sich ein Gewöhnungseffekt ein (vgl. hierzu die zahlreichen Äußerungen von Höcke z.B. „Denkmal der Schande“). Zusätzlich wird der demokratische Kritiker Geidel mit dem Vorwurf „Hasspropaganda“ diffamiert und ihm, dem Demokraten, wird etwas vorgeworfen, was zum klassischen rechtspopulistischen Repertoire gehört.

Werner Wiemann trat in Folge im Herbst 2017 an der ASH selbst als Besucher einer Podiumsdiskussion in Erscheinung. Das Thema der Podiumsdiskussion war „Kunst und die Macht der Worte“. Besagter AfD-Funktionär meldete sich zu Wort und begann – ohne sich vorzustellen, im Gegensatz zu allen anderen Diskussionsteilnehmer*innen – seinen Beitrag mit Bezug auf den künstlerischen Freiheitsbegriff von Schiller. Empörte Rufe von Studierenden erst machten deutlich, dass sich hier nicht einfach ein älterer bildungsbeflissener Herr in eine öffentliche Diskussion einbrachte, sondern ein ideologisch gefestigter Funktionär versuchte, die AfD und ihre Positionen möglichst geschickt zu normalisieren.

Kulturkampf von rechts

Im Folgenden möchte ich kurz darlegen, warum ich den Begriff des „Kulturkampfs“ verwende: Nicht umsonst bezieht sich die Neue Rechte seit den Veröffentlichungen von Alain de Benoist auf den Begriff der kulturellen Hegemonie von Antonio Gramsci – Gramsci selbst war ein politischer Gefangener im italienischen Faschismus und ein leidenschaftlicher Kämpfer für einen demokratischen Sozialismus (zur Analyse der Relevanz des Kulturkampfs für die Neue Rechte vgl. Weiß 2017). Alain de Benoist wiederum gilt als der intellektuelle Vordenker der „Nouvelle Droite“ der „Neuen Rechten“. Ein zentrales Kennzeichen der „Neuen Rechten“ ist, dass sie sich auf den Begriff des Ethnopluralismus beziehen (im Gegensatz zu den „Alten Rechten“, die sich auf einen biologistischen Rassismus beziehen). Ethnopluralismus gilt vielen nicht umsonst als die moderne Spielart von Rassismus. Kerngedanke ist hier, dass sich Menschen nur in ihrer „Heimat“ wohlfühlen. Migration unter diesen Prämissen meint „Entwurzelung“ und „Entfremdung“. Zugrunde gelegt wird jedoch – klassisch völkisch – ein ethnisch homogenes Volk bzw. eine ethnisch homogene „Volksgemeinschaft“. Auch der aktuellen Strategie der „Identitären Bewegung“(IB) mit der Forderung nach einem „Europa der Vaterländer“ liegt diese ethnopluralistische Matrix zu Grunde. Auf der Basis von Ethnopluralismus wird die „Warnung vor der Umvolkung“ – (eine Parole, die vermehrt hörbar im Kontext von Pegida wurde) oder „dem großen Austausch“ (IB in Österreich) nachvollziehbar.

Die Erkenntnis von Gramsci, dass sich politische Einstellungen im vorpolitischen Raum bilden und dort ihre Verbreitung finden, wird sehr bewusst von den alten und Neuen Rechten aufgegriffen. In den kommunalen Vereinen, sei es der Sport oder die Musikgruppe, der ortsansässige Kaninchenzuchtverein oder die engagierte Schüler*innengruppe und selbstverständlich auch in den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit prägen sich Meinungen aus. Hier wird deutlich, was sagbar geworden ist. Nicht umsonst konstruieren die Rechtspopulist*innen so gerne einen Gegensatz zwischen den „abgehobenen Eliten“ und dem einfachen Bürger/der einfachen Bürgerin, die schon lange nicht mehr zu verste-



hen scheinen, was in der großen Welt passiert.

Ein Teil dieser Auseinandersetzung wird von dem Duisburger Institut DISS sehr richtig als diskursive Piraterie bezeichnet (Kellershohn/Dietzsch/Wamper 2010). Ehemals linke und/oder emanzipatorische Begriffe werden „entführt“ und mit den Ideologien der Ungleichwertigkeit aufgeladen. Themen der sozialen Bewegungen werden ebenso entführt, aufgegriffen und rassistisch, sexistisch oder antisemitisch eingefärbt: So werden Frauenrechte exklusiv in der Abwehr von Geflüchteten thematisiert oder Fragen der sozialen Ungleichheit antisemitisch beantwortet.

„Der Rechtspopulismus greift selektiv auch demokratische und linke Werte auf, deutet sie um und fügt sie in sein ausgrenzendes Freund-Feind-Schema ein. So werden demokratische Errungenschaften, Freiheits- und Menschenrechte argumentativ dafür in Anspruch genommen, um Ausgrenzungsforderungen gegenüber Zugewanderten damit zu rechtfertigen, jene würden eben diese abschaffen wollen.“ (Häusler/Roese 2014: 10)

Antifeminismus als Brückennarrativ

– konkrete Erfahrungen der ASH mit dem Thema Fassadengestaltung

Die Diskursverschiebung hat sich dann als erfolgreich bewiesen, wenn der Diskurs ohne offen rechte Akteure funktioniert, beziehungsweise diese nur noch zusätzlich davon profitieren. Eine wichtige Funktion erfüllen hier – in dieser Diskursverschiebung – wiederum Begriffe – und damit sind wir dann erneut beim Thema „Kulturkampf“ angelangt. Es handelt sich hier um Begriffe, die bereits von rechts aufgeladen worden sind, also bereits eine antidemokratische Ausrichtung haben und somit wiederum als rechte Transportmittel fungieren. So beispielsweise der Begriff „Genderwahn“. Antifeministische Begriffe eignen sich insbesondere auch von daher, als dass sie in der Öffentlichkeit (und in den vorpolitischen Räumen) selten als politische Begriffe wahrgenommen werden. Gilt nach Bourdieu doch das Geschlechterverhältnis nach wie vor als das am besten naturalisierte Herrschaftsverhältnis in der westlichen, industriellen Gesellschaft.

Antifeminismus funktioniert als Brückennarrativ in die vermeintlich aufgeklärte „Mitte“ und als Scharnier innerhalb des „rechten Lagers“:

„Und es ist die Ablehnung eines als omnipotent und machtvoll verstandenen Feminismus, der extrem Rechte zusammenbringt mit verbrämten Konservativen, enttäuschte Sozialdemokrat*innen mit frustrierten Scheidungsvätern, christliche Fundamentalist*innen mit Gewaltfetischist/innen und Hooligans.“ (Lang/Peters 2018: 14)

In seinem „unpolitischen“ Gewand, seiner Unsichtbarkeit als antidemokratische Strategie (keine Demokratie ohne Geschlechterdemokratie!) und seiner massenhaften Verbreitung kommt dem Antifeminismus im Kulturkampf von rechts eine herausragende Bedeutung zu. Mit dem Thema der Neugestaltung ihrer Fassade ist die ASH selbst seit der ersten Berichterstattung am 29.08.2017 „Kann Bewunderung herabsetzend sein?“ in der FAZ in einen Kulturkampf von rechts geraten. Um den Vorgang nachvollziehbar zu machen, möchte ich diesen in aller Kürze zusammenfassen:

Eugen Gomringer erhielt im Januar 2011 den Alice Salomon Poetik Preis. Die damalige Hochschulleitung entschied sich, Gomringers spanischsprachiges Gedicht „Avenidas“ gegen Zahlung einer Lizenzgebühr von 1000 Euro an der Südfassade der ASH anzubringen. Bereits nach dem Anbringen des Gedichts im Sommer 2011 gab es kritische Rückfragen und Unmut im Akademischen Senat (AS). In den folgenden Jahren wurde immer wieder gefragt, wie es dazu kommen konnte, dass genau dieses Gedicht repräsentativ für die Hochschule an der Fassade stehe. Im Frühjahr 2016 machten Vertreter*innen des AStA



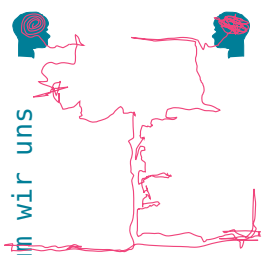
dann von ihrem Rede- und Antragsrecht Gebrauch und fragten zunächst an, wer die Entscheidung im AS getroffen habe. Sie trugen eine feministische Interpretation im Akademischen Senat vor und baten darum zu prüfen, ob es möglich wäre, eine neue Fassadengestaltung vorzunehmen. Der AS sah mehrheitlich kritisch, dass die Hochschule und ihre Gremien bei der Auswahl des Gedichtes im Jahr 2011 nicht einbezogen wurden und es kein demokratisches und transparentes Verfahren gab, das festlegte, was auf eine für die ASH Berlin repräsentative Außenfassade als Text angebracht wird. Von daher entschied der AS im Zuge der nächsten Fassadenrenovierung einen Wettbewerb unter allen Hochschulangehörigen auszuschreiben und auf dieser Basis dann – unter Einbeziehung eines Vorschlags durch die Hochschulleitung – die (Neu-)Gestaltung der Fassade zu entscheiden. Nach dieser Empfehlung des AS erarbeitete die Hochschulleitung im Sommersemester 2017 ein partizipatives Wettbewerbsverfahren, in dem Vorschläge von Hochschulmitgliedern zur Gestaltung der Fassade eingebracht werden konnten, darunter auch der Vorschlag, die Wand nach der Renovierung wieder so herzustellen, wie sie seit 2011 gestaltet ist. Der AS beschloss, dass die Ergebnisse des Wettbewerbs die Grundlage für einen AS-Beschluss zur Südfassade werden sollten: Die beiden Vorschläge mit den meisten Stimmen sowie ein Vorschlag der Hochschulleitung wurden dem Akademischen Senat am 12.12.2017 zur Diskussion und am 23.1.2018 zur Entscheidung vorgelegt.

Der demokratische Prozess, der der Neuausschreibung zu Grunde lag und liegt, also die Tatsache, dass auch andere Statusgruppen als die Professor*innen oder gar exklusiv die Hochschulleitung die Möglichkeit haben, sich einzubringen und einen Prozess demokratischer Willensbildung anzustoßen, stand zu keiner Zeit im Mittelpunkt der Berichterstattung. Also genau das, worauf wir als ASH uns auch ein wenig etwas einbilden können, nämlich, dass im Zeitalter von Anwürfen und Angriffen auf die Demokratie und die Menschenrechte, an der ASH Demokratie (manchmal ...) funktioniert.

Stattdessen bestimmten bereits von Anfang an Kampfbegriffe die Berichterstattung: Zensur, Genderwahn, Meinungsdictatur. Am Beispiel des Gebrauchs von „Zensur“ lässt sich aufzeigen, dass der Kulturkampf bereits ohne rechte Akteure funktioniert. Zensur steht hier nicht mehr für einen undemokratischen Eingriff (in der Vergangenheit oftmals gegenüber kritischen, emanzipatorischen Positionen geübt), sondern dafür, dass die Ansicht/Meinung der Berichterstatte*rinnen nicht mehr ausreichend Gehör zu finden scheint. Auf das Gedicht auf der Fassade bezogen bedeutet das, dass dieses perspektivisch (nicht für immer) nicht mehr an der Stelle im öffentlichen Raum zu sehen sein wird (gleichwohl keine Person daran gehindert sein wird, das Gedicht in einem Buch nachzulesen). Gleichzeitig stellt ein derartiger Gebrauch des Begriffs „Zensur“ eine Normalisierung rechtspopulistischer Positionen dar – sieht sich das rechtspopulistische Lager doch generell von Zensur bedroht, wenn ihre rassistischen, sexistischen, antisemitischen, menschenfeindlichen Positionen kritisiert werden.

Auch die Erinnerung an die „dunkelste Zeit“ Deutschlands (ein Vorwurf, der in der Presse zirkulierte. Zur Kritik an den Medien vgl. Stokowski 2017) spielt dem Rechtspopulismus in die Hände, trägt ein solcher Vergleich doch erheblich zur Relativierung und Verharmlosung des Nationalsozialismus bei – und das voilà ganz ohne rechte Akteure ...

Zu Recht ist im Rahmen der Auseinandersetzungen u.a. von Seiten der Studierenden darauf verwiesen worden, dass ein großer Anteil an der medialen Empörung darauf zurückzuführen sei, dass sich mit dieser Kritik Feministinnen Gehör verschafft haben. Empörung darüber, dass Frauen darüber sprechen, dass sie sich durch das Gedicht verobjektiviert fühlen. Spätestens mit der Verwissenschaftlichung der Differenz in der Moderne ist die Objektivierung von Frauen festgeschrieben worden. Die lange Tradition der Bewunderung



weiblicher Objekte durch männliche Subjekte muss auch in diesem Kontext gesehen werden. Unlängst hat die britische Historikerin Mary Beard auf den Ausschluss von Frauen aus der Öffentlichkeit – und zentral hier das Sprechen in der Öffentlichkeit – seit der Antike hingewiesen und herausgearbeitet, dass die Wahrnehmung von sprechenden Frauen (mit eigenen Anliegen) bis heute in den westlichen Gesellschaften von Geringschätzung und Verächtlichmachung geprägt ist (Beard 2018).

Feministinnen oder Emanzen fungieren im Rechtspopulismus als Feindbild, d.h. eine Herabsetzung, Lächerlichmachung oder Diffamierung von Feministinnen trägt hier auch zu einer Normalisierung rechtspopulistischer Positionen bei.

Folgerungen für die Soziale Arbeit

Die Frage ist nun, wie wir im Kontext von Sozialer Arbeit damit umgehen müssen? Bereits eingangs hatte ich auf die besondere Verantwortung von Sozialer Arbeit verwiesen. Unterstellt hier, dass diese ein Interesse an der Initiierung demokratischer Prozesse, an der Sichtbarmachung und Unterstützung marginalisierter Gruppen und an einer Verringerung sozialer Ungleichheit hat. Dass dem nicht per se so ist, wissen wir durch einen Blick auf die Geschichte der Sozialen Arbeit in Deutschland. Soziale Arbeit muss politisch gedacht und praktiziert werden. Tut sie das nicht, läuft sie immer Gefahr, Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu reproduzieren oder gar zu verfestigen. Mit Blick auf den Kulturkampf von rechts bedeutet das für die Soziale Arbeit (hier in Marzahn-Hellersdorf, an der ASH, in Berlin und darüber hinaus) auch sich klar und deutlich – neben anderen benannten Entwicklungen – gegen den antipluralen, antiliberalen, antifeministischen Backlash zu stellen. So bedarf es zur Förderung von Geschlechterdemokratie und zum Abbau von Sexismus, Homo- und Transfeindlichkeit mehr denn je genderreflektierender Konzepte, die sowohl die gesellschaftlich naturalisierte Zweigeschlechtlichkeit als auch die gesellschaftlichen Zuweisungen und Anforderungen an Jungen* und Mädchen* in Frage stellen und diesen vielmehr eine Vielzahl an Rollen und Identitäten zur Verfügung stellen. Im Kontext der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus geht es immer auch um eine Auseinandersetzung mit geschlechtsbezogenen Motiven in der Hinwendung zu Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Nach wie vor werden Mädchen* und Frauen* mit rechtsextremen Orientierungen in Einrichtungen der offenen Kinder und Jugendarbeit (und anderen Einrichtungen Sozialer Arbeit) übersehen und unterschätzt (Lehnert/Radvan 2016) und können so zu einer Normalisierung von Ideologien der Ungleichwertigkeit entscheidend beitragen.

Quellenverzeichnis

- Beard, Mary (2018): Frauen und Macht, Frankfurt a.M.
Bundesverband Mobile Beratung (Hrsg.) (2017): Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück - Empfehlungen im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen: https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2017/11/BMB_landzurueck_web.pdf
Fiedler, Maria (2017): Gauland will Integrationsbeauftragte Özoguz „in Anatolien entsorgen“, in <https://www.tagesspiegel.de/politik/afd-spitzenkandidat-gauland-will-integrationsbeauftragte-oezoguz-in-anatolien-entsorgen/20244934.html>, letzter Zugriff 29.09.2018
Häusler, Alexander/Roese, Rainer (2014): Rechtspopulismus in Europa und die rechtspopulistische Lücke in Deutschland, Erfurt
Kellershohn, Hellmut/Dietzsch, Martin/Wamper, Regina (Hrsg.) (2010): Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen, Münster
Lange, Juliane/Peters, Ulrich (Hrsg.) (2018): Antifeminismus in Bewegung, Hamburg
Lehnert, Esther/Radvan, Heike (2016): Rechtsextreme Frauen – Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale Arbeit und Pädagogik, Opladen, Berlin, Toronto
Mai, Marina (2017): AfD Stadtrat verweigert Flüchtlingen Wohnberechtigungsscheine: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1043653.afd-stadtrat-verweigert-fluechtlingen-wohnberechtigungsscheine.html?sstr=mai|afd|marzahn|hellersdorf>, zuletzt aufgerufen 7.05.2018
Salmen, Ingo (2017): AfD beklagt „Hasspropaganda in Marzahn-Hellersdorf: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-nazi-lob-ihrer-fraktionsvizes-afd-beklagt-hasspropaganda-in-marzahn-hellersdorf/19311756.html>, zuletzt aufgerufen am 7.05.2018
Stokowski, Margarete (2017): Solidarität mit einer Wand: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/eugen-gomringer-gedicht-solidaritaet-mit-einer-wand-kolumne-a-1190533.html>, zuletzt aufgerufen an 7.08.2018
Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart



Extrem rechte und rechtspopulistische Entwicklungen in Marzahn-Hellersdorf

Ein Beitrag von Polis*

Zwei Menschen, die sich in Marzahn-Hellersdorf politisch und sozial engagieren, berichten von ihren Beobachtungen und Einschätzungen zu extrem rechten und rechtspopulistischen Entwicklungen im Bezirk. Zum Schutz ihrer Person, haben wir ihre Namen geändert.

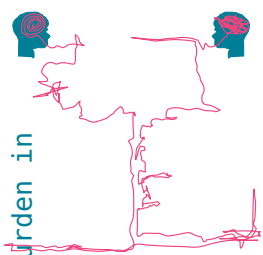
Welchen Bezug haben Sie zum Bezirk Marzahn-Hellersdorf?

Eike: Ich wohne hier seit meiner Kindheit und bin hier auch zur Schule gegangen. Heute wohne ich zusammen mit Freunden in Marzahn. Als junge*r Erwachsene*r begann ich mich politisch zu engagieren, insbesondere auch gegen rechte Entwicklungen. Neonazis gab es schon immer in Marzahn-Hellersdorf.

Chris: Ich bin Anfang der 1990er- Jahre als Kind im Zuge der Familienzusammenführung nach Ost-Berlin gekommen, lebe und arbeite seitdem hier. Persönlich betrachte ich mich als deutsch, auch wenn mein Aussehen häufig als „nicht-deutsch“ wahrgenommen wird. Daher spüre ich häufig die Blicke der Menschen und erfahre häufiger Rassismus auf den Straßen

Wie haben Sie Marzahn-Hellersdorf nach der Wende erlebt?

Chris: Meine Eltern haben als Vertragsarbeiter schlimme Erfahrungen gemacht. Freunde von ihnen wurden verjagt und verfolgt. Bekannte meiner Eltern, friedliche Menschen, wurden fast zu Tode geprügelt, manche leiden bis heute noch an den Folgen.



Die Bilder aus Rostock-Lichtenhagen waren ebenso erschütternd. Daher durfte ich als Kind nicht einmal alleine vor dem Haus spielen. Meine Eltern hatten starke Angst und haben mich von Tag eins an vor Männern mit Glatzköpfen und Stiefeln gewarnt. Sie haben sogar Bilder organisiert, um mir Beispiele zu zeigen. Da ist man dann natürlich auch vorsichtig. Wenn ich abends um 18 Uhr von Freunden nach Hause lief und solche Konturen erkannte, habe ich die Straßenseite gewechselt. Freunde aus Marzahn-Hellersdorf haben auch von Jagden berichtet. Als ich 17 Jahre alt war, hat es eine meiner Freundinnen, richtig hart getroffen, rassistische Mitschüler trugen eine Mitschuld daran. Aber die Gewalt, so denke ich, wird heute nicht mehr so offen ausgetragen.

Eike: Um es mal vorsichtig zu formulieren, hatten wir in den 2000er-Jahren bezüglich der Neonazis-Szene eine relativ ruhige Situation. Was sicher damit zu tun hatte, dass viele aktive Neonazis aus den 1990er-Jahren älter geworden sind, Kinder bekommen haben, anderweitig eingebunden waren, vielleicht auch weggezogen sind. Das heißt nicht, dass es keine Neonazis gegeben hat, aber dass halt keine aktiven Strukturen im Bezirk existierten. Und so hatten wir in den 2000er-Jahren, könnte man sagen, eine halbwegs ruhige Situation. Ruhig heißt nicht, dass es nichts zu tun gegeben hätte im Kampf gegen Neonazis. Wir hatten beispielsweise die NPD-Demos. Aber wir hatten bei diesen Neonazi-Aktivitäten den Eindruck, dass wir in der Mehrheit sind. Allerdings hatten wir in dieser Zeit, im Jahr 2006, auch ein relativ hohes NPD-Wahlergebnis mit knapp sechs Prozent. Die NPD ist in Fraktionsstärke in die Bezirksverordnetenversammlung eingezogen. Aber das machte sich weniger in der Organisation von Neonazi-Gruppen bemerkbar.

Wie hat sich die Situation denn in letzten Jahren entwickelt?

Chris: Ich erkenne extrem Rechte heute nicht mehr so schnell wie noch vor ein paar Jahren. Früher habe ich schnell die Straßenseite wechseln können. Heute erkenne ich sie erst, wenn sie den Mund aufmachen. Rassismus ist nicht mehr so offensichtlich wie früher. Damals war körperliche rassistische Gewalt auf Straßen noch gang und gäbe. Heute tritt Rassismus weniger körperlich, sondern eher verbal auf. Das hinterlässt zwar weniger sichtbare Spuren, macht mir aber auch große Sorgen.

Eike: Aus meiner Perspektive, hatten wir 2013 in Marzahn-Hellersdorf ein schlagartiges Aufleben von extrem rechten Strukturen. Es waren vor allen Dingen Neonazis, die schon bekannt von früher waren. Diese haben sich im Zusammenhang mit der Eröffnung der Geflüchtetenunterkunft in der Carola-Neher-Straße wieder aktiviert und organisiert. Die bekannteste ist die „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“, wobei die Namen regelmäßig wechselten. Nachdem die Unterkunft eröffnet war, ebten die Aktivitäten der extremen Rechten wieder ab. Dann kam die neue Flüchtlingsunterkunft am Blumberger Damm, die gebaut werden sollte und dann tauchten, ohne dass man es vermutet hätte, die Montagsdemos wieder aus demselben Organisationskreis der Neonazis auf. Ich hätte nicht vermutet, dass das ein zweites Mal funktioniert. Die Menschen mussten doch schon bei der Carola-Neher-Straße 2013 gesehen haben, dass das keine „einfachen Bürger*innen“ sind, sondern organisierte Neonazis. Und ich hätte nicht erwartet, dass es denen nochmal gelingen würde, die Leute so anzustacheln, dass sie Seite an Seite mit Nazis laufen. Aber es passierte dann doch und die Montagsdemos nahmen eine Dynamik an, die über Wochen und Monate groß war. Interessanterweise hat der Organisationsgrad dieser Gruppen, über die konkrete Auseinandersetzung um die Unterkunft hinaus, nicht gehalten. Diese Gruppen sind dann wieder



auseinander gefallen oder haben sich zurückgezogen. Die bekannten Aktiven aus diesen Gruppierungen wohnen zwar immer noch hier, aber sichtbar aktiv, außer durch Aufkleber-Kleben, sind die nicht.

Glauben Sie, dass auch die Solidarisierung mit Geflüchteten, welche 2015 spürbar stieg, dem entgegenwirkte?

Eike: Im Jahr 2015 haben sich viele Menschen in den Unterkünften engagiert, haben beispielsweise Sachen gespendet oder sich auch einfach interessiert gezeigt. Diese Solidarisierung, das muss man ehrlich sagen, hat aber auch nicht lange angehalten. Ein Jahr später hatten wir Wahlen in Marzahn-Hellersdorf und das Ergebnis war ziemlich klar. Interessant ist daran allerdings, dass die NPD sehr lange und ausdauernd gegen die Unterkünfte im Bezirk mobilisierte, letztendlich aber der AfD der Wahlerfolg gelang.

Chris: Ich habe das Gefühl, die solidariischen Menschen vor Ort wurden nicht ausreichend politisch unterstützt. Viele Menschen haben sich zwar ehrenamtlich für Geflüchtete eingesetzt, aber die Arbeit in den Unterkünften ist wirklich hart. Geflüchtete sind oft traumatisiert, leben mit Verlust- und Existenzängsten und brauchen professionelle Hilfe. Viele Ehrenamtliche hielten diese Belastung nicht lange aus. Die Hetze hingegen, z.B. gegen die Flüchtlingsheime, ist einfacher und wurde von Politiker*innen aus dem rechten Spektrum betrieben und gefördert. Die Helfer*innen der Geflüchteten fühlten sich gegenüber der organisierten, rechten Hetze allein gelassen – oft fehlte die politische Unterstützung.

Wie ist es der AfD gelungen, die Leute, die unzufrieden waren und möglicherweise auch bei den Montagsdemos mitgelaufen sind, von der NPD zu lösen und an sich zu binden?

Eike: Nun die AfD war 2015 und 2016 der Punkt, um den sich medial alles kreiste. Zusätzlich hat die NPD das Label als „Nazi-Partei“, wo viele möglicherweise die Einstellung teilen, aber sagen: „Die wähle ich nicht. Ich will ja nichts mit Nazis zu tun haben.“ Und der AfD ist es gelungen, dass rechte Positionen so salonfähig geworden sind, dass man sie wählen kann ohne den Eindruck zu erwecken, man sei jetzt ein Nazi. Und das ist halt bei der AfD möglich und bei der NPD nicht.

Welchen Handlungsbedarf sehen Sie auf politischer oder gesellschaftlicher Ebene, um rechten Diskursen entgegenzuwirken?

Chris: Wenn ich die Menschen über Migrant*innen schimpfen höre, vernehme ich auch eine tiefe Unzufriedenheit dieser Menschen. Diese Menschen fühlen sich häufig als „Bürger*innen zweiter Klasse“. Politik muss sich daher mehr für soziale WGerechtigkeit einsetzen, damit die Menschen aufhören der Einwanderung die Schuld für ihre persönlichen Problemlagen zu geben. Auch in der Bildungspolitik sollten zeitgenössische Vorbilder und ihre Visionen mehr Raum bekommen. Kultureller Austausch sollte regelmäßig stattfinden. Vor allem aber müssen wir alle mehr Respekt voreinander und Geduld miteinander haben.

Eike: Bei der ganzen Debatte um rechte Diskurse und Rechtspopulismus dürfen wir nicht vergessen, dass hier weiterhin auch Neonazis leben. Auch wenn die momentan nicht so spürbar aktiv sind, dürfen die nicht ignoriert werden. Im Jahr 2013 haben diese Strukturen bereits gezeigt, welches Organisationspotential sie aufbringen können. Zudem sollte auf politischer Ebene nicht immer nur auf die geguckt werden, die am lautesten schreien. Gerade die Menschen, die leise sind und eben kein Problem in Migrant*innen sehen, müssen gestärkt werden.



Table-Talks

„Auf Tables müssen Taten folgen“

Ein Beitrag des AStA ASH

Im Vorfeld der Workshops am Fachtag haben sich fünf Personen, die im Bezirk Hellersdorf-Marzahn tätig waren oder sind, an einem sogenannten „Kitchen Table“ zusammengefunden. In einer großen Runde und unter Einbeziehung des Publikums wurde besprochen, welche Probleme und Hindernisse sich im Rahmen ihres Arbeitskontextes ergeben haben. Im Anschluss wurden vorhandene oder gewünschte Gegenstrategien zusammengetragen und besprochen. Einer der am Kitchen Table Anwesenden berichtet von einem Angriff auf eines der Stadtteilzentren seines Trägers, der bereits Ende der 1990er-Jahre stattgefunden hat. Auf das Gebäude eines Trägers der freien Kinder- und Jugendhilfe wurde 2011 ein Brandanschlag verübt. Seitdem folgten bis in die Gegenwart Angriffe auf Mitarbeiter*innen sowie immer wieder rechte Sprühereien in der Nähe der Einrichtung. Der Angestellte eines Trägers für rassismuskritische Arbeit, der Privatpersonen und Professionelle im Umgang mit Rassismus und Rechtspopulismus schult berichtet, dass seit 2001 vermehrt Anfeindungen und Drohungen wahrzunehmen seien. Auch die Angestellte einer Einrichtung für Genderreflektierte Jugendarbeit weist auf die anhaltende Sabotage ihrer Arbeit durch Anfragen der AfD hin und berichtet von Mitarbeiter*innen, die sich über die Finanzierung ihrer Arbeit Sorgen machen. Gerade die letzten beiden Punkte bestätigten alle Anwesenden. Im Folgenden versuchen wir die Ergebnisse dieses Austausches zusammenzufassen und angesprochene Herausforderungen mit möglichen Gegenstrategien gegenüberzustellen:



Vermehrte Anfeindung von Klient*innen

Davon sind meistens Menschen betroffen, die ohnehin bereits schutzbedürftig und jüngeren Alters sind. Um diejenigen zu stärken und deren Umfeld dazu anzuregen, sich zu sensibilisieren und Solidarität zu zeigen, ist es wichtig Menschen bereits im frühen Alter zu stärken. Dafür ist es notwendig darüber aufzuklären, von wem die Anfeindungen kommen und was die Menschen dazu veranlasst. Es können Räume zum Rückzug und Austausch geboten werden, zusätzlich braucht es aber auch Räume in denen sich Gehör und Ausdruck verschafft werden kann. Junge, mündige Menschen, die in demokratischen Gemeinschaften lernen sich zu organisieren und positive Kontakte zu knüpfen, bewahren die gesamte Gesellschaft vor einem Zuwachs an Rechtspopulist*innen.

Montagsmahnwache (Demonstrationen)

Als Reaktion auf die Montagsmahnwachen, die Rechtspopulist*innen abhielten, um die Eröffnung einer Geflüchtetenunterkunft zu verhindern, wurden Gegendemonstrationen organisiert, an denen sich auch Träger der Sozialen Arbeit beteiligten. Ein Träger organisierte Nachbarschaftstreffen, um Raum und Möglichkeit zu schaffen, sich kennenzulernen und austauschen zu können.

Anfragen zur Finanzierung von Projekten und Trägern

Dieser Punkt wurde sehr häufig und von mehreren Anwesenden genannt. Vorab ist dazu zu sagen, dass viele Menschen, die solche provokanten Anfragen stellen, häufig wenig Wissen darüber haben wie Zuwendungen vergeben werden und wie man diese entziehen kann. Daher ist es empfehlenswert sich darüber beim eigenen Träger zu in-



Ohnmachtsgefühl bei Menschen die mitbekommen,
wie sich andere rassistisch äußern

formieren, um sich nicht unnötig verunsichern zu lassen. Häufig besteht kein Grund zur Sorge, da die Antragsteller*innen ohnehin keinen Einfluss auf die Finanzierung haben. Zusätzlich sind die persönlichen Anfragen, die direkt an Träger gerichtet sind, meistens unzulänglich und können abgewiesen werden, wenn begründet werden kann, dass sie nicht konstruktiv sind und mit der eigentlichen Arbeit des Trägers nichts zu tun haben.

Bekommt eine Person bei der Arbeit mit, wie eine andere Person Opfer von rassistischen Anfeindungen wird, ist es wichtig einzuschreiten und sich solidarisch zu verhalten. Um sich selbst und die andere Person dadurch nicht zusätzlich in Gefahr zu bringen, ist es außerdem wichtig, dabei sicher und vorbereitet aufzutreten. Dies kann unterstützt werden, indem sich Einrichtungen und Teams absprechen in welchem politischen Rahmen sie sich bewegen oder auch nicht. Wenn sich ein*e Mitarbeiter*in der Unterstützung des Teams sicher sein kann, hat dies bereits eine stärkende Funktion. Außerdem fällt es dann auch leichter, sich Rat einzuholen, falls eine Situation überfordernd war oder einer Nachbereitung (z.B. Supervision) bedarf. Kommen diskriminierende Vorfälle häufiger vor, kann extern professionelle Hilfe geholt werden. Beispielsweise in Form von Trainings, wie sie unter anderem die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus“ oder „Reach Out“ anbieten. Diskriminierungsvorfälle können sowohl von externen Leuten und Klient*innen als auch von Mitarbeiter*innen selbst ausgehen.



Anfrage rechtspopulistischer und extrem rechter Gruppen und Parteien zur Nutzung der Räumlichkeiten einer Einrichtung

Ein jeder Träger der Sozialen Arbeit kann ein eigenes Leitbild verfassen, in dem auch die politische Ausrichtung oder auch die Wertevorstellungen des Trägers niedergeschrieben werden. Mit Verweis darauf können derartige Anfragen rechtspopulistischer und extrem rechter Gruppen und Parteien gut begründet abgewiesen werden, falls das erstellte Leitbild mit den Inhalten der o.g. Gruppen oder Parteien nicht kompatibel ist. Je nach Ausrichtung und Arbeitsweise können sogar für bestimmte Menschen Hausverbote ausgesprochen werden, die aus einer Hausordnung hervorgehen. In Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen kann Politiker*innen sogar der Zugang verwehrt werden, solange deren Partei nicht den Jugendstadtrat stellt.

Die Rechtspopulisten sollen nicht in ihrer Opferrolle bestätigt werden

Nach den Wahlerfolgen der rechtspopulistischen Parteien Europas wurden Medien und Personen bezichtigt, eine Mitverantwortung dafür zu tragen, weil sie angeblich durch zu viel Kritik, die „Opferrolle“ dieser Parteien begünstigt hätten. Selten wird dabei beachtet, wie viele Personengruppen den menschenverachtenden, diskriminierenden und neoliberalen Diffamierungen und Angriffen jener Parteien zum Opfer fallen. Die Selbstinszenierung als Opfer dient diesen lediglich als Druckmittel, um Kritik abzuwehren. Auf diesen Tatsache muss auch weiterhin sachlich hingewiesen werden.



Wie schütze ich meine Einrichtung?

Ein Beitrag von Polis*

Rechtspopulisten und Neue Rechte versuchen auf vielfältige Weise zivilgesellschaftliche, demokratische Organisationen und Einrichtungen unter Druck zu setzen und in Ihrem Sinn zu beeinflussen. Für die Versuche von Einflussnahme der Rechtspopulisten und Neuen Rechten auf die Soziale Arbeit und Gemeinwesenarbeit sind folgende Methoden und Strategien exemplarisch: Die Versuche sich ehrenamtlich in Einrichtungen zu engagieren, die Teilnahme an öffentlichen Diskussionsrunden oder auch durch die Anmietung von Räumlichkeiten zur Durchführung von scheinbar „bürgerlichen“ Veranstaltungsformaten.

Träger der sozialen Einrichtungen stehen dabei nicht selten vor der Frage, wie sie mit diesen Vorfällen umgehen sollen. Einerseits dürfen auch kritische Meinungen, geschützt durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung, geäußert werden und sind fester Bestandteil einer pluralen, demokratischen Kultur. Andererseits darf extrem rechten und diskriminierenden Positionen keine öffentliche Plattform geboten werden. Gerade diese Gratwanderung erschwert den betroffenen Einrichtungen häufig die Entscheidung. Die folgenden Hinweise sollen daher lediglich als erste Orientierung für den allgemeinen Umgang mit den beschriebenen Herausforderungen dienen und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Im Zweifelsfall sollte daher immer eine Beratungsstelle aufgesucht werden.



Soziale Arbeit ist menschenrechtsorientierte Arbeit und sollte sich dessen stets bewusst sein. Neben der inhaltlichen Orientierung an den unveräußerlichen Menschenrechten, gehört dazu ebenso der Schutz dieser Rechte. Träger und ihre Einrichtungen haben den Anspruch einen Rückzugs- und Schutzraum vor Diskriminierung und Ausgrenzung zu bieten. Diese Grundsätze sollten sich daher auch in **Leitbildern** wiederfinden und auch im Kollegium regelmäßig besprochen werden. Auch **Satzungen** bietet die Möglichkeit grundlegende Ziele und ein Selbstbild von Vereinen und Trägern zu definieren. Für die Aufnahme oder den Ausschluss von unerwünschten Personen, kann auf dieses Selbstbild verwiesen werden (siehe Publikation des Paritätischen Gesamtverbandes in der weiterführenden Literatur).

Insbesondere in der Gemeinwesenarbeit finden regelmäßig offene Dialogveranstaltungen statt. Mithilfe von „Wortergreifungsstrategien“ versuchen extrem rechte und rechtspopulistische Gruppen und Parteien solche **Veranstaltungen** für sich und ihre Positionen als Bühne zu nutzen. Die Möglichkeit solcher Vorfälle sollte daher schon bei der Konzeption solcher Veranstaltungen berücksichtigt werden. Wichtige Fragen hierbei sind:

- 1) Was ist das Thema der Veranstaltung und wer ist Veranstalter?
- 2) Wie und wer wird eingeladen (offene Veranstaltung oder Anmeldung der Gäste)?
- 3) Gibt es Hinweise über die Stimmungslage zum Thema in der Zielgruppe?
- 4) Welche Veranstaltungsform ist sinnvoll?
- 5) Ist für Sicherheit gesorgt (Sicherheitsdienst, Polizei)?

Besonders Veranstaltungen, die konfliktreiche Themen verhandeln, sollten in Zusammenarbeit mit einer mobilen Beratungsstelle vorbereitet und durchgeführt werden. Zusätzlich sollte bei solchen Veranstaltungen im Eingangsbereich gut lesbar eine Ausschlussklausel aushängen. Die Veranstaltenden haben so die Möglichkeit Personen, die sich extrem rechts oder menschenverachtend äußern, von der Veranstaltung auszuschließen.

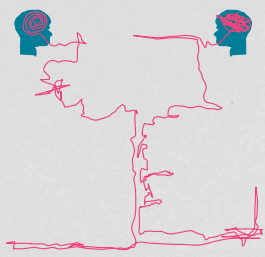
Mobile Beratungsstellen bieten für die hier beschriebenen Probleme und auch darüber hinaus Beratung und Unterstützung. Zudem ist es grundsätzlich eine Möglichkeit für Einrichtungen der Sozialen Arbeit, sich zusammen zu organisieren und Bündnisse einzugehen. Auf diesem Weg können Handlungsstrategien einheitlich umgesetzt und Kooperationen gestärkt werden.

Ausschlussklausel:

Die Veranstaltenden behalten es sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, die der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder sie von dieser auszuschließen.

Quellenverzeichnis

Horst, Claire; Karadeniz, Aylin; Dr. Klötzing-Madest, Ulrike; Susen, Ann-Sofie (2017): Community Communication – Diskursive Beteiligung im Gemeinwesen. Hg. Stiftung SPI, Mobiles Beratungsteam Berlin – für Demokratieentwicklung, Berlin.
Online unter: https://www.stiftung-spi.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/veroeffentlichungen/srup_lebenslagen/mbt_community-communication-broschuere.pdf
Paritätischer Gesamtverband (Hrsg.) 2016: Wahrnehmen – Deuten – Handeln.
Rechtsextremismus in der Sozialen Arbeit keinen Raum bieten. Orientiert an Praxis und Alltag, werden Tipps und Handlungsempfehlungen für den Umgang mit rechtsextremen Positionen und Phänomenen gegeben.
Online unter: https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2016/11/Rechtsextremismus_web_mbr.pdf



Social Work can do!

Wann muss ich handeln? Umgang mit extrem rechten Strukturen im Kontext Sozialer Arbeit

Ein Beitrag des AStA ASH

Soziale Arbeit findet in vielen verschiedenen Kontexten und mit den unterschiedlichsten Menschen statt. Insbesondere Einrichtungen, deren inhaltliche Ausrichtung nicht explizit „gegen Rechts“ ist, sehen sich in einer verzwickten Lage, wenn sich rechte Positionen der Adressat*innen oder Besucher*innen ihrer Einrichtung bemerkbar machen. Dabei stellen sich immer wieder folgende Fragen:

- Wie gehe ich mit rechten und/oder rechtsextremen Eltern um? Und was, wenn die Kinder deren Argumentation übernehmen?
- Kann/soll man mit Rechten reden? Kann/soll man mit allen reden? Zu welchem bzw. bis zu welchem Zeitpunkt kann deeskaliert werden? Und: Welchen Rahmen bietet der berufliche Alltag dafür?
- Wie gehe ich mit Diskriminierung aus „der Mitte“ um?
- Was, wenn Rechte „gut begründen“? Wie kann ich mich mit einer guten Argumentation vorbereiten?
- (Wie) können wir Jugendliche erreichen, die eine rechte Orientierung haben?
- Wie, wann, in welchem Kontext und bei wem spreche ich es an, wenn es „Hinweise“ auf einen rechten Hintergrund gibt?
- Wie kann ich selbst emotional damit umgehen?



Was für Fragen gehen Ihnen dazu durch den Kopf?

- _____
- _____
- _____

Leider gibt es für den Umgang mit rechten Personen keine allgemeingültigen Strategien. Die einzelnen Situationen müssen aus eigener Erfahrung und Expertise begegnet und eigene Strategien entwickelt werden. Es gibt aber ein paar Grundregeln und Argumentationshilfen:

1. Analyse: In erster Linie ist es wichtig sich zu fragen: Womit haben wir es hier zu tun?

2. Schutz: Bei der Auseinandersetzung mit der Frage, inwieweit auf rechte Personen eingegangen wird, sollte insbesondere im Kontext Sozialer Arbeit darauf geachtet werden, ob Leute im Raum sind, die ausgeschlossen werden und schutzbedürftig sind.

3. Vorbereitung: Solche Situationen sollten sehr genau überlegt und vorbereitet werden. In jedem Fall sollten heikle Gespräche nicht alleine geführt und es sollte sich nicht auf ein Parolenhopping eingelassen werden.

Social Work can do!

**„ Was kann unsere Antwort auf den
Rechtruck sein: eine Antwort ist, dass
wir demokratische
Jugendliche stärken und dass wir
Jugendliche stärken die betroffen sind.“**

Eine weitergehende Auseinandersetzung mit dem Thema „Mit Rechten reden“ finden Sie in dieser Broschüre auf Seite 28.

Die Fehler einer falsch verstandenen „akzeptierenden Jugendarbeit“ aus den 90er Jahren dürfen nicht wiederholt werden. Insbesondere der Mythos von Nazis als „abgehängte Jugendliche aus dem Osten“ sollte nicht reproduziert werden. Gründe und Motive mit rechten Positionen übereinzustimmen, lassen sich selten ausschließlich mit der sozialen Herkunft begründen.



„Es ist wichtig, die Ängste ernst zu nehmen, deswegen haben wir uns im Bezirk vernetzt und reden darüber. Außerdem ist es wichtig sich auszutauschen: Was habe ich für Ängste? Sind diese begründet? Wie kann ich damit umgehen?“ 32:02

Whatcha want, whatcha gonna do?

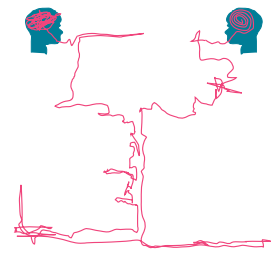
Handlungsoptionen

Neben dem direkten Reagieren, ist auch Struktur- und Präventionsarbeit sehr wichtig. Wenn Sie sich bereits im Team über den Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus auseinandergesetzt haben, können Sie für bestimmte Momente besser vorbereitet und wissen, was an Unterstützung Sie von ihrem Träger/Team erwarten können:

- Fordern Sie immer wieder die angemessenen Arbeitsbedingungen für die notwendige Auseinandersetzung!
- Versuchen Sie einen gemeinsamen Umgang zu finden!
- Überlegen Sie sich, wo gemeinsame Bildungsmomente außerhalb von Workshops sind und nutzen sie reale Situationen, um Denkanstöße zu geben!
- Fordern Sie Ihren Träger und ihr Team auf, sich dem Professionsverständnis der Sozialen Arbeit bewusst zu werden, um den Widerspruch zu rechten Ideologien besser aufzeigen zu können!
- Erkundigen Sie sich und wenn nötig fordern Sie ein, wie der Träger sich dazu verhält!
- Der Dachverband hat die Möglichkeit, sich öffentlich zu positionieren. Diese Möglichkeit darf und sollte in Betracht gezogen werden!
- Erinnern Sie sich an das menschenrechtliche Mandat der Sozialen Arbeit, darauf können Sie sich berufen!
- Erstellen Sie ein Schutzkonzept: Durch Absprache und Leitfäden für konkrete Situationen, z.B. wer wird informiert, welcher Experte wird dazugeholt, um von der persönlichen Ebene weg, hin zu „die Institution will das nicht“ zu kommen!
- Bei eindeutig verbotenen Symbolen gilt die Anzeigepflicht!
- Initiiieren Sie innerhalb des Teams einen regelmäßigen Austausch, idealer

„Wir müssen schauen, was unsere juristischen Spielräume sind in der freien Trägerschaft, denn diese sind ziemlich groß.“

- weise bevor es zu problematischen Situationen kommt!
- Inwieweit ist Expertise im Team da? Wie kann sie gebündelt werden? Bleiben Sie immer im Gespräch!
- Geben Sie grundsätzlich keine Personendaten weiter!
- Versuchen Sie sich juristisch fit zu machen!
- Versuchen Sie die Strategie rechter Akteur*innen zu erkennen! Rechte Akteure sammeln aktuell deutschlandweit systematisch Infos und Personendaten.
- Streiten Sie parteilich für Kinder und Jugendliche und andere Schutzbedürftige!
- Eine Auseinandersetzung mit dem Thema bindet zwar Ressourcen Ihrer Mitarbeiter*innen, regt aber auch Diskussion an und erzeugt Solidarität bei Nutzenden/Anwohnenden!
- Eine gute Strategie ist es in jedem Fall kollektiv statt einzeln zu verhandeln!



Checkliste für Teams Sozialer Einrichtungen

Soziale Arbeit kann dem Motto “wir sind offen für alle” nicht nachkommen. Menschen haben ungleiche Lebenswelten und werden strukturell benachteiligt. Es ist wichtig, früh zu hinterfragen und zu reflektieren.

- Ist es sinnvoll, alle Menschen gleich zu behandeln?
- Wie geht es den Betroffenen?
- Was für einen Anspruch haben wir?

“Es geht hier nur um Betreuung/Beratung/etc.” ist sehr oft zu hören, sobald im Team oder beim Träger die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus oder anderen politischen Inhalten eingefordert wird. Meistens liegt dies an mangelnden Kapazitäten und generell sehr prekären Beschäftigungsbedingungen. Deswegen sollte immer wieder der politische Bildungsauftrag bedacht werden und zudem erörtert werden,

- Wann muss ich handeln?
- Was ist unser Auftrag?
- Was für Freiräume können wir uns für diese Arbeit schaffen?

„Alle Sozialabreiter*innen die in Gremien sitzen können Räume schaffen für Austausch.“

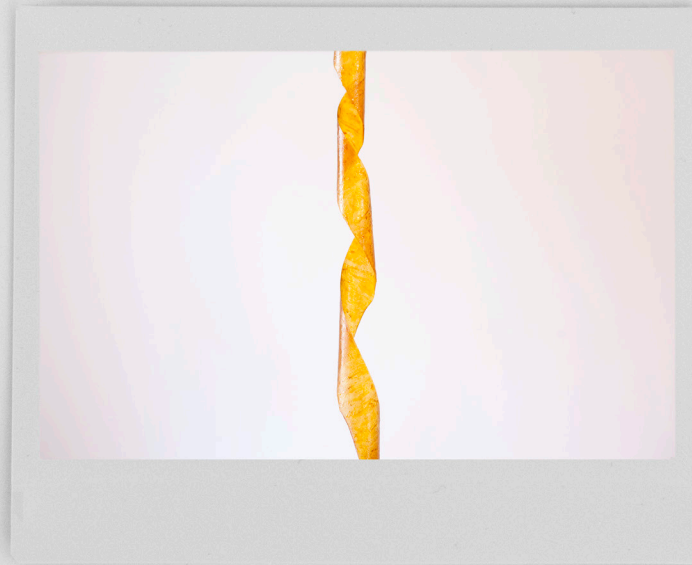
Versuchen Sie immer wieder kritisch in Frage zu stellen, an welche Zielgruppen sich Ihre Einrichtung richtet und ob Ihre Einrichtung den eigenen Ansprüchen gerecht wird:

- Wer nimmt unsere Angebote wahr?
- Sind wir diskriminierungssensibel aufgestellt?
- Können sich bestimmte Personengruppe hier überhaupt wohl und sicher fühlen?
- Was für Barrieren hindern Menschen möglicherweise Ihre Einrichtung aufzusuchen?
- Wie können wir von anderen Einrichtungen lernen?

Diskutieren Sie die Fragen in Ihrer Einrichtung mit Ihrem Team/Träger/Besucher*innen. Bleiben Sie in Austausch, suchen Sie Verbündete, sprechen Sie Probleme und Herausforderungen konkret an!

Schweigen heißt zustimmen. Eine politische Kompetenz kann schon durch kritisches Beurteilen, Bewerten und das Bilden einer eigenen Meinung entwickelt werden.

Dieser Beitrag ist aus Notizen zu dem Workshop „Wann muss ich handeln? Umgang mit extrem rechten Strukturen im Kontext Sozialer Arbeit“ entstanden.



Hate Speech – rechte Hetze im Netz

Ein Beitrag des AStA ASH

In den letzten Jahren hat sich die Kommunikation über soziale Netzwerke immer weiter entwickelt. Dadurch können einerseits Menschen unabhängig von Distanzen miteinander kommunizieren, andererseits bietet es auch die Möglichkeit, vom Smartphone aus gegen Menschen zu hetzen. Hierfür wird seit einiger Zeit der Begriff Hate Speech, übersetzt Hassrede, genutzt. Hate Speech findet nicht zwangsläufig online statt, wir beschränken uns in diesem Kapitel aber auf Hate Speech im Internet. Es ist sehr schwierig zu definieren ab wann eine Aussage als Hate Speech gilt. Wir versuchen dies im Folgenden etwas zu konkretisieren.

Wie? Wo? Was? Hate Speech

Hate Speech meint menschenverachtende Aussagen, die einzelne Personen oder Gruppen abwerten, diskriminieren und marginalisieren sollen. Es handelt sich um Angriffe, welche die Ungleichwertigkeit in den Vordergrund stellen. Außerdem können auch jene ins Fadenkreuz geraten, die sich öffentlich oder beruflich für Betroffene einsetzen.

Dies findet in Kommentarspalten, Foren, sozialen Netzwerken; aber auch im realen Leben statt. Durch Hate Speech werden die Würde und die Rechte von Menschen eingeschränkt beziehungsweise aberkannt. Wird den Aussagen im Netz nicht widersprochen, sinkt die Empörung darüber, die Stimmung wird aggressiver und rechtsextreme Meinungen etablieren sich.



Des Weiteren hat Hate Speech den psychologisch nachgewiesenen Effekt der Entmenschlichung der angegriffenen Personen. Zudem neigen Personen dadurch schneller gewalttätig gegenüber jenen zu werden (vgl. Baldauf, Banaszczuk, Koreng Schramm, Stefanowitsch).

Hemmungslos im Internet

Im Internet ist die Hemmschwelle, Dinge zu äußern unter anderem aufgrund der Anonymität, und der damit verbundenen Unmöglichkeit bzw. Schwierigkeit, zur Rechenschaft gezogen zu werden, für viele Menschen deutlich geringer. Ohne ein direktes Gegenüber, das gegenargumentieren kann oder dessen Reaktion mitbekommen wird, werden Aussagen noch weiter zugespitzt. Durch Funktionen in Sozialen Netzwerken kann sich schnell und einfach Positionen angeschlossen und diesen zugestimmt werden, ohne im Zweifelsfall selbst informiert zu sein. Soziale Netzwerke werden somit als plumpe Stammtische für die Öffentlichkeit oder sogar Scheingerichte instrumentalisiert.

Menschen, die sowieso Tendenzen zu rechtsextremen Meinungen haben, fassen durch "Fake News" angefeuerte Diskussionen als normal und legitim auf. Des Weiteren können Begriffe, die nicht vordergründig beleidigend oder diffamierend sind, aber eine derartige Konnotation oder Intention mit sich bringen, durch Hate Speech in den Diskurs eingespeist und etabliert werden. Durch Dominanz und Deutungshoheit werden so auch häufig Ausdrücke, die aus der Zeit des Nationalsozialismus stammen, wiederbelebt.

Hate Speech greift reale Macht und Diskriminierungsstrategien auf und adaptiert diese.

Auf der Jagd nach Likes

Durch die starke Präsenz von rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Parteien und Organisationen im Internet wird das Bild suggeriert, dass die Gruppe der Menschen, die diese Meinung vertreten, viel größer sei als sie eigentlich ist.

So hat die AfD (Deutschland) 429.423 Likes, die SPD (Deutschland) lediglich 187.579 auf Facebook (Stand 11.10.2018). Rechtsextreme Organisationen wie die Identitäre Bewegung oder 1 Prozent für unser Land sind ebenso sehr präsent in Sozialen Netzwerken. Die Internetplattform botswatch.de veröffentlichte eine Analyse der Twitter-Aktivitäten zu den Landtagswahlen in Bayern und zeigte, dass die AfD und AfD-nahe Accounts die höchste Aktivität in der Woche vor der Wahl am 14.8.2018 hatten.

Hate Speech everywhere?

Wo muss ich als Einrichtung mit Hate Speech rechnen?

Die größte Angriffsfläche bieten Einrichtungen, die journalistisch arbeiten und mit ihren Veröffentlichungen gezielt Debatten anregen wollen. Seit der Verlagerung in digitale Räume kümmern sich häufig sogenannte Communityredaktionen um die Moderation und Aufsicht der Debatten.

Die öffentlichen Träger sind jedoch auch häufig mit Hate Speech konfrontiert, wenn sie vermeintlich unpolitische Inhalte wie z.B. ein Bild des letzten Sommerfestes auf Facebook hochladen. Schwierig ist es vor allem, wenn versucht wird, Sozialarbeiter*innen zu demoralisieren und ihre Arbeit öffentlich zu kriminalisieren. Gerade die AfD, bei der viele Mitglieder Jobs und politisches Engagement offenkundig verbinden, versucht gerne zu skandalisieren, wenn Personen sozial-politisch inner- oder außerhalb ihres Jobs aktiv sind. Ziel ist es stets, diese Personen dadurch zu isolieren und zu entpolitisieren, um der Marginalität zu entkommen. So hat beispielsweise das Arbeitsteam und der Freundeskreis eines Kitamitarbeiters in Stuttgart zu einer Solidarisierungsaktion aufgerufen, seit dieser von der

AfD öffentlich “diskreditiert und versucht wird, ihn um seinen Job zu bringen”. Weil ein Journalist darüber unreflektiert und schlecht informiert berichtete, forderte anschließend die CDU die Kündigung des Kitamitarbeiters(vgl. <https://solidaritaetmitjens.wordpress.com/chronik/>).

Just got hated – what to do?

Was kann ich tun wenn ich oder die Einrichtung in der ich arbeite von Hate Speech betroffen ist?

Die Strategien lassen sich grob aufteilen in:

1. Ignorieren,
2. Kommentieren und debattieren,
3. Ironisieren oder polizeilich anzeigen und melden.
4. Zu Unterstützung ermuntern / Community aktivieren(vgl. Baldauf, Banaszczuk, Koreng Schramm, Stefanowitsch)

Dabei sollte die Sicherheit der eigenen Person stets im Vordergrund stehen. Sind dafür in dem Moment die Kapazitäten nicht vorhanden, sollte darauf Rücksicht genommen werden, sonst kann es schnell zur Überforderung kommen oder es kann nicht angemessen darauf eingegangen werden.

Es bedarf einer aufmerksamen und kritischen Community, die für andere Personen einsteht und sich solidarisiert, damit nicht alles an Einzelpersonen hängen bleibt. Siehe u.a. das Beispiel des Kitamitarbeiters aus Stuttgart.

Mittlerweile gibt es auch einige Einrichtungen (siehe unten), die in Form von Workshops oder Fortbildungen, Beratung und Unterstützung zu diesen Themen anbieten.

Beratung und Betreuung von Betroffenen sowie Schulungen von Mitarbeiter*innen, wie mit Hate Speech umgegangen werden soll, kann zusammen mit einem Leitbild, welches allgemein bekannt ist, sehr unterstützend für die Mitarbeitenden wirken und so zur Stärkung des gesamten Teams führen.

Welche Gesetze können helfen?

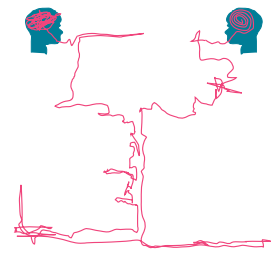
1. Netzwerkdurchsetzungsgesetz NetzDG

Am 1.10.2017 trat das Netzwerkdurchsetzungsgesetz in Kraft.

Wenn User*innen einen gesetzeswidrigen Text bei den Verantwortlichen des Unternehmens, wie z.B. Facebook oder YouTube, melden, müssen die Verantwortlichen den Text anstelle eines Gerichts prüfen und gegebenenfalls löschen. Wenn die Unternehmen den Text/Kommentar innerhalb einer Frist von 24 Stunden (in besonders komplexen Fällen beträgt die Frist sieben Tage) nicht löschen oder sperren, droht ein Bußgeld(<https://de.wikipedia.org/wiki/Netzwerkdurchsetzungsgesetz>).

2. Meinungsfreiheit Art 5 Abs. 1 Grundgesetz

Falsche Tatsachen, Unwahrheiten und Schmähkritik, wenn sie die Menschenwürde und das Persönlichkeitsrecht angreifen, können zur Anzeige gebracht werden. Das Recht, seine Meinung frei zu äußern, tritt auch dann zurück, wenn durch die betreffenden Äußerungen



die Strafrechtsnorm in Kraft tritt.

Straftatbestände nach dem Strafgesetzbuch in Form von Hate Speech können sein:

§111 Öffentliche Aufforderung zu Straftaten

§130 Volksverhetzung (hierzu muss die Äußerung als öffentlich eingestuft werden. Rassistische Äußerungen in einem privaten Chat oder an einem Stammtisch können nicht angezeigt werden)

§ 185 Beleidigung

§ 186 üble Nachrede

§ 187 Verleumdung(vgl. Felling, Fritzsche, Knabenschuh, Schülke: 2016)

Wo finde ich weitere Infos?

Belltower.News – Nachrichtenplattform und Netz für digitale Zivilgesellschaft

<http://www.belltower.news/>

Die Vernetzungsstelle gegen Hate Speech

<https://www.das-netz.de/>

mbr mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin

<https://www.mbr-berlin.de/>

Reach out

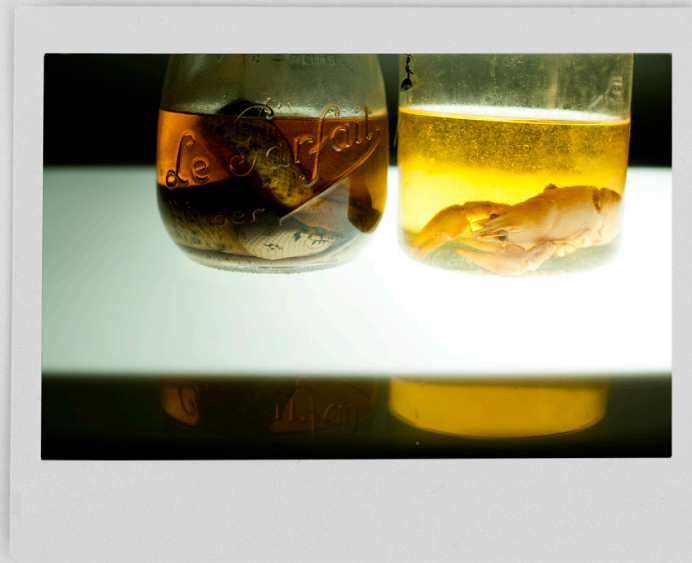
<https://www.reachoutberlin.de/>

Quellenverzeichnis:

Baldauf, Banaszczyk/Koreng, Schramm/Stefanowitsch, Anatol, Amadeu Antonio Stiftung: Geh Sterben
<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/hatespeech.pdf> (Aufgerufen am 17.10.2018)

Matthias Felling, Nora Fritzsche, Silke Knabenschuh, Britta Schülke, Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJK) Landesstelle NRW e. V.: Hate Speech Hass im Netz Informationen für Eltern und Fachkräfte
https://akjs-sh.de/wp-content/uploads/2016/11/HateSpeech-Brosch%C3%BCre_AKJS.pdf (Aufgerufen am 17.10.2018)

Solidarität mit Jens
<https://solidaritaetmitjens.wordpress.com/chronik/> (Aufgerufen am 17.10.2018)



Mit Rechten reden

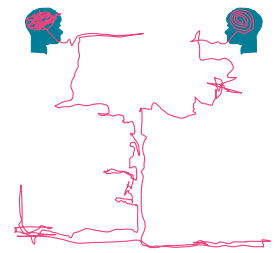
– *fachliche Überlegungen zum Thema Umgang mit Rechtspopulismus (an der ASH)*

Ein Beitrag von Prof. Dr. Esther Lehnert
ASH Berlin; lehnert@ash-berlin.eu

Ereignisse der letzten Zeit, bezogen auf das Thema Auseinandersetzung mit und Abwehr von einem immer stärker werdenden Rechtspopulismus an unserer Hochschule und darüber hinaus in der ganzen Republik, haben mich dazu motiviert, einige Punkte zum Thema zusammenzutragen und hierzu fachliche Standards zu formulieren. Fachliche Standards im Umgang mit Rechten (so beispielsweise auf kommunalpolitischer Ebene oder bei der Durchführung von Veranstaltungen) sind in den letzten Jahren von Beratungsstellen erarbeitet worden, die explizit und seit Jahren zu den Themen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus arbeiten.

Diese Standards stimmen auch mit meinen eigenen Erfahrungen als Beraterin und Wissenschaftlerin zu diesen Phänomenen überein. In meinen folgenden Überlegungen konzentriere ich mich auf unterschiedliche Gesprächssituationen (Einzelgespräch, Gespräch mit Gruppen, Diskussionsveranstaltungen, Podien etc.) und nicht auf allgemeine Interventions- oder Präventionsstrategien im Umgang mit Rechtsextremismus/Rechtspopulismus. Kann ich mit allen Menschen einen Dialog führen? Beziehungsweise, warum führe ich bestimmte Gespräche und warum nicht?

In meiner jahrelangen Beratungsarbeit, und konkret jetzt auch in der ASH, ist es mir immer wieder passiert, dass Personen aus einem meines Erachtens falsch verstandenem Demokratieverständnis heraus den Wunsch äußern, mit allen Menschen in einen Dialog zu



treten – unabhängig davon, ob die zu adressierenden Personen über eine demokratische Weltanschauung verfügen oder sich in ihren Äußerungen und Handlungen an den Menschenrechten orientieren. Ein weiteres Missverständnis ergibt sich darüber hinaus aus der Gleichsetzung von ‚mit Rechten reden‘ und ‚Rechten ein Podium geben‘.

Grundsätzlich ist in einem ersten Schritt zu klären, warum ich mit einer entsprechenden Person reden und was ich erreichen möchte. Habe ich beispielsweise den Wunsch, mit einer anderen Person in einen ernsthaften Dialog einzutreten, ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass auch die andere Person dafür offen ist. Offen heißt, dass die Person nicht ausschließlich darum bemüht ist, mich von ihrer Meinung zu überzeugen oder mit vermeintlichem Wissen Parolenhopping betreibt über komplexe Themen wie z.B. Flucht, Migration, Gleichstellung. Eine weitere Grundvoraussetzung ist, dass die Person grundsätzlich noch für demokratische Ansichten erreichbar ist. Eine Person, die über ein gefestigtes rechtsextremes Weltbild verfügt, kann nicht mehr offen für demokratische und/oder menschenrechtlich basierte Argumente sein, stehen diese doch der rechtsextremen Ideologie diametral gegenüber. Ein Beispiel sind hier auch mehrere Verordnete der AfD im Bezirk mit ihren rassistischen, menschenverachtenden und den Nationalsozialismus verherrlichenden Positionen (z.B. Würdigung der „Errungenschaften“ von Heydrich in Prag in der BVV (Bezirksverordnetenversammlung) im Dezember 2016).

Um diese Punkte einschätzen zu können, ist es wichtig sich vorab mit der ideologischen Ausrichtung der Person auseinanderzusetzen bzw. zu klären, ob es sich bei der Person um eine „besorgte“ Bürger*in handelt, die ggf. für demokratische Positionen erreichbar ist oder um eine rechtsextrem/rechtspopulistisch ideologisch fundierte Person – hierzu sind Funktionär*innen rechtsextremer oder rechtspopulistischer Parteien, Organisationen, Vereine sowie Initiativen gegen Geflüchtete zu zählen.

Ich möchte damit nicht behaupten, dass alle diese Funktionär*innen und Engagierte über ein geschlossenes rechtsextremes oder rechtspopulistisches Weltbild verfügen, jedoch haben diese Personen alle ein strategisches Interesse und damit eine Agenda, die einer grundsätzlichen Dialogbereitschaft, unabhängig von der ideologischen Verfasstheit, entgegensteht.

Wenn ich mit ideologisch überzeugten rechtsextremen oder rechtspopulistischen Personen rede, muss ich in Kauf nehmen, dass ich mit rassistischen, sexistischen, antisemitischen, homo- und transfeindlichen oder anderen menschenverachtenden Positionen konfrontiert werde. Hier gilt es abzuwägen, ob eine solche Auseinandersetzung die Sache wert ist. Was ich damit sagen möchte ist zweierlei: zurückgewinnen für die Demokratie kann ich diese Personen in der Regel nicht. Aber es kann Situationen geben, in denen es sinnvoll und auch notwendig ist, dass diesen Positionen klar und deutlich (öffentlich) widersprochen wird. Eine Auseinandersetzung mit diesen Personen darf jedoch nicht dazu führen, dass den Personen und ihren rechtsextremen/rechtspopulistischen Ansichten ein Podium gegeben wird und die Positionen normalisiert werden. Zusätzlich gibt es Situationen, in denen ich keinen Einfluss auf die Einladungsliste habe, so ist es beispielsweise auf öffentlichen Veranstaltungen rechtlich nicht möglich, AfD-Funktionär*innen auszuladen.

Zum weiteren Verständnis möchte ich kurz auf zentrale Strategien der Rechten eingehen. Als eine besonders relevante Strategie ist zuallererst die Normalisierungsstrategie zu nennen: hierbei geht es darum, rechtsextreme/rechtspopulistische Positionen „unter die Leute“, bzw. stärker in die Mitte der Gesellschaft zu tragen und diese bereits durch Wiederholung von Schlagworten und verkürzenden Einschätzungen („das Boot ist voll“, „Mei-

nungsdiktatur“, „unkontrollierte Masseneinwanderung“, „Genderwahn“) zu normalisieren. Hierbei handelt es sich um eine Strategie, die sich leider in den letzten Jahren bereits als erfolgreich erwiesen hat, wie das zum Beispiel bei der Verwendung des Begriffs „Genderwahn“ und anderer zu analysieren ist.

Zusätzlich versuchen die Rechten über die Einnahme erst einmal demokratischer Positionen und über den Bezug auf unverfängliche und unverdächtige Intellektuelle und Künstler*innen aus Geschichte und Gegenwart diese für sich zu instrumentalisieren und im nächsten Schritt ihre eigenen rechtsextremen oder rechtspopulistischen Inhalte einzubringen. Aktuelle Beispiele sind hier die AfD und die sog. „Identitäre Bewegung“ (IB).

Eine weitere Strategie der Rechten besteht darin, gezielt demokratische Veranstaltungen und Treffpunkte wie auch Gremien aufzusuchen und dort Informationen über Menschen zu sammeln, die sich in politischen Parteien oder zivilgesellschaftlichen Bündnisse explizit dem Kampf gegen Rechtsextremismus oder Rechtspopulismus verschrieben haben. In rechtsextremen Kreisen wird hier auch von der Anti-Antifa-Strategie gesprochen. Hierbei handelt es sich um das Ausspähen (Wohnorte ermitteln) und Sammeln von Informationen. Bei der AfD gehört das massenhafte Stellen von kleinen und großen Anfragen in kommunalen und Landesparlamenten (und jetzt leider auch auf der Ebene des Bundes) zu einem wichtigen Teil dieser Strategie: So verschaffen sich die Rechten einen Überblick, wer wo und mit welchen Mitteln zu Themen und Projekten arbeitet oder forscht, die aus rechtsextremer oder rechtspopulistischer Sicht überflüssig sind und abgeschafft gehören: Gender Studies, Gewalt gegen Frauen, Unterbringung von Geflüchteten, Erinnerungs- und Gedenkkultur, Migrationsforschung, antirassistische Bildung etc.).

Auf kommunaler Ebene nutzen Rechte ihre Informationen immer wieder auch um gezielt Menschen unter Druck zu setzen, einzuschüchtern und zu bedrohen.

Für viele Menschen, die im akademischen Bereich tätig sind und häufig dort auch sozialisiert worden sind, ist insbesondere die Tatsache, dass demokratische Akteur*innen und Andersdenkende bedroht werden, beziehungsweise, dass bereits die Anwesenheit von rechtspopulistischen oder rechtsextremen Kadern eine Bedrohung darstellen kann, häufig nicht vorstellbar. Aber insbesondere junge Antifaschist*innen, People of color, erkennbare Queers, Schwarze Deutsche und andere Personen, die nicht in das Bild rechtsextremer/rechtspopulistischer „Volksgemeinschaft“ passen, haben derartige Bedrohungen häufiger erlebt.



Schlussfolgerungen für die ASH:

- Wir haben eine Hausordnung, die den Ausschluss von bekannten rechts-extremen/rechtspopulistischen Funktionär*innen und anderen Akteur*innen möglich macht
- Wir als ASH haben eine Schutzfunktion gegenüber Menschen, die von rechts-extremen/rechtspopulistischen Positionen und Personen bedroht werden (unabhängig davon, ob es sich bei diesen um ASH-Angehörige handelt oder nicht)
- Auf Podien innerhalb der ASH sollte grundsätzlich auf die Teilnahme von rechtsextremen/rechtspopulistischen Akteur*innen verzichtet werden, um nicht Gefahr zu laufen, rechtsextreme/rechtspopulistische Positionen zu normalisieren und um nicht von rechtsextremer Gewalt bedrohte Personen in Gefahr zu bringen
- Wenn wir uns als ASH-Angehörige dazu entscheiden, an einem Podium oder einer anderen öffentlichen Veranstaltung teilzunehmen, die eine Teilnahme von rechtsextremen/rechtspopulistischen Funktionär*innen vorsieht, sollten wir uns hierzu sehr gut vorbereiten. So ist mit den Veranstaltenden zu klären, ob die Teilnahme und/oder Anwesenheit rechtsextremer/rechtspopulistischer Personen in der Vorbereitung reflektiert wird, beispielsweise durch einen kontrollierten Zugang zu Mikros oder durch eine Ansage (und Durchführung), dass rassistische, antisemitische, sexistische und andere menschenverachtenden Äußerungen nicht geduldet werden, sowie die Bereitschaft der Moderator*in und der Veranstaltenden, in solchen Fällen auch von dem Hausrecht Gebrauch zu machen und bei derartigen Äußerungen die Person von der Veranstaltung auszuschließen. Zusätzlich ist darauf hinzuwirken, dass auch weitere Personen auf dem Podium vertreten sind, die bekannt für ihre demokratische Positionierung sind und in der Lage sind, diese auch gegen rechtsextreme/rechtspopulistische Angriffe publikumswirksam zu verteidigen
- Für die Diskussion – sowohl auf Podien als auch mit dem Publikum – ist es zentral, auf die Universalität von Rechten zu verweisen und sich nicht auf eine Unterteilung in „Wir und die Anderen“ einzulassen. Konkret kann das bedeuten, eine Unterscheidung beispielsweise von „guten“ Geflüchteten“ und „anderen“ nicht unkommentiert stehen zu lassen. Wie schon festgestellt: Eine Teilnahme an einem Podium, an dem sich auch rechtspopulistische Funktionär*innen beteiligen ist sehr voraussetzungs-voll und bedarf einer guten Vorbereitung. Gelingt es nicht, rechtspopulistische oder rechtsextreme Positionen zu dekonstruieren und demaskieren, wird diese Ideologie weiter normalisiert
- Grundsätzlich wichtig für alle Veranstaltungen innerhalb und außerhalb der ASH ist es, darauf zu bestehen, dass sich alle Menschen, die sich an einer Diskussion beteiligen, vorstellen (mit ihrer jeweiligen Funktion). Auf diese Weise kann unterbunden werden, dass sich rechtsextreme oder rechtspopulistische Funktionär*innen als nur „besorgte Bürger*innen“ mit berechtigten Anliegen tarnen und öffentliche Veranstaltungen unerkannt für ihre politischen Zwecke instrumentalisieren



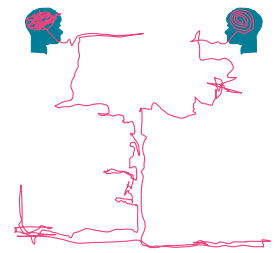
#linksextremismus4real?

Ein Beitrag des AStA ASH

Der Begriff „Linksextremismus“ ist für Soziale Träger, Einzelpersonen in der Sozialen Arbeit sowie für die Soziale Arbeit im Allgemeinen relevanter denn je; denn mit dem Einzug der AfD in die Landtage und in den Bundestag erhielt er wieder neuen Aufschwung als Strategie, um politische Gegner*innen zu markieren und anzugreifen. So wird von Seiten der AfD mit dem Vorwurf des „Linksextremismus“ gerne Vereinen und Bündnissen mit dem Arbeitsschwerpunkt die extreme Rechte¹, oder Trägern emanzipatorischer Jugendclubs damit gedroht, ihre öffentlichen Förderungen aus den Bundesprogrammen zu streichen. Allerdings bedienen sich nicht nur extrem rechte Parteien der Extremismustheorie. Das Beispiel des Verbandes Miteinander e.V. in Sachsen-Anhalt macht deutlich, wie auch die CDU dieses Konzept für sich nutzt.

Der gemeinnützige Verein Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. arbeitet seit 19 Jahren gegen die extreme Rechte. Das Angebot von Miteinander e.V. reicht von politischer Bildungsarbeit über Analyse und Monitoring rechter Gruppen bis hin zu Beratungsarbeit für Opfer rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt (Miteinander e.V. 2018).

¹ In diesem Artikel wird von den Autor*innen auf den Ausdruck „Rechtsextremismus“ verzichtet, da dieser sich auf die Extremismustheorie stützt, die Anlass zu diesem Artikel ist. Der Begriff „extremen Rechten“ oder die „extreme Rechte“ versucht, die politischen Diskussionen um „Rechtsextremismus“ aus einer extremismustheoretischen Rahmung herauszulösen, und dennoch die Kontinuität zwischen rechten Politiken aus der „Mitte der Gesellschaft“ und extrem Rechten Gruppen benennen zu können, und zudem das Links-Rechts-Schema der Extremismustheorie verlassen zu können (vgl. Stuve 2014: 190).



Seit Dezember 2017 steht Miteinander e.V. unter dem Beschuss der AfD im Landtag Sachsen-Anhalt. Grund dafür ist, dass der Verein in seiner Arbeit gegen die extreme Rechte die AfD miteinschließt, um auf die Verstrickung von AfD-Mitgliedern zu organisierten Neonazikadern und der Identitären Bewegung, oder auch auf die Handlungen des dezidiert völkisch ausgerichteten Flügels der AfD um Björn Höcke aufmerksam zu machen. Dagegen stellte die AfD mehrere große Anfragen im Landtag um herauszufinden, ob Miteinander e.V. „Linksextremismus“ nachzuweisen bzw. dem Verein durch den Vorwurf der Kooperation mit „linksextremen“ Bündnispartner*innen und der fehlenden Arbeit gegen alle Formen des Extremismus die öffentliche Förderung zu entziehen ist. Die CDU folgt eben dieser Stoßrichtung und äußert öffentlich Zweifel und Kritik an der gebotenen Neutralität von Miteinander e.V.; der Verein würde nicht alle Parteien gleich kritisch betrachten. Daher wird die Auflösung und Neugründung des Vereins gefordert. Dem entsprechend äußert sich auch der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag, Daniel Szarata, zu Miteinander e.V.:

„Wenn einem Verein die Fähigkeit der Differenzierung abhandengekommen ist, dann muss man die Arbeit eines solchen Vereins hinterfragen dürfen. Ein Verein wie „Miteinander e.V.“, der staatlich gefördert wird und dessen Aufgabe es ist, sich für Demokratie einzusetzen, der sollte sich nicht ausschließlich auf eine Form des Extremismus beschränken. Er verletzt dabei das politische Neutralitätsgebot, indem er sich auf der einen Seite gegen einzelne Parteien stellt und auf der anderen Seite ein Autonomes Zentrum mit einer Spendenaktion unterstützt, welches Kontakte zur linksextremistischen Szene hat. Das soll heißen, dass wir als christlich-demokratische Partei, als letzte Partei in der Mitte der Gesellschaft, uns mehr denn je in der Pflicht sehen, die Demokratie zu fördern, zu stärken und vor allem zu verteidigen. Dazu gehört aber eben auch, dass wir Extremismus gleichermaßen bekämpfen, sei er rechts, links oder religiös motiviert. Vor diesem Hintergrund erwarten wir eine Diskussion um eine mögliche Neuausrichtung des Vereins (Halle Spektrum 2018).“

An diesem Statement lässt sich exemplarisch die Komplexität der verwendeten Extremismustheorie und deren Verknüpfung mit öffentlichen Geldern aus Bundesmitteln auf den kommenden Seiten aufzuzeigen.

Was hat es mit den Begriffen „Linksextremismus“ und „Rechtsextremismus“ auf sich?

Die verwendete Definition entstammt der Extremismustheorie von Uwe Backes und Eckhard Jesse. Das Konzept der Politikwissenschaftler*innen Backes und Jesse erlangte nicht zuletzt gesellschaftlich die größte Reichweite unter den „Extremismustheorien“, da sich der Inlandgeheimdienst Verfassungsschutz darauf beruft. Durch die jährlichen Berichte des VS ging der Begriff sukzessive in den alltäglichen Sprachgebrauch von Politiker*innen, Wissenschaftler*innen, Sozialarbeiter*innen, etc. über.

Die Erzählung vom Hufeisen

Backes und Jesse verbildlichten die Pole Links- und Rechtsextremismus als die Enden eines Hufeisens, die nicht weit voneinander entfernt sind und in dieselbe Richtung weisen. Verbunden würden sie durch die Mitte. Anders formuliert, die gesellschaftliche Mitte verbinde die beiden Ränder, an denen sich der Extremismus abspiele. An diesem Modell gibt es einiges zu problematisieren:



1. Die Gleichsetzung von links und rechts

In ihrer Demokratiefeindlichkeit seien alle extremistischen Positionen gleich, wiederholt Eckhard Jesse 2013 in dem Versuch, seine Theorie vor massiver grundsätzlicher Kritik unter anderem von Wissenschaftler*innen zu verteidigen (vgl. Fuhrmann/Hübemann 2017: 10). Allerdings wiegt für ihn die Unterscheidung zwischen extremistisch und demokratisch schwerer als die Unterscheidung zwischen links und rechts, die sich auch in seinen Augen in ihren Zielen und Mitteln deutlich unterscheiden (ebd.).

Die extreme Rechte hat die systematische und gewaltvolle Abwertung und Vernichtung von Jüdinnen und Juden, Sinti*ze und Rom*nja, nicht-weißen Personen sowie aller Personen, die als Menschen mit Behinderung hervorgebracht werden, Personen die jenseits des heterosexuellen Beziehungsmodell leben und all jenen, die sich binären Geschlechterrollen nicht unterordnen wollen oder ihr Geschlecht selbst bzw. kein Geschlecht wählen möchten, zum Ziel. Zu diesem Urteil kommt auch der Verfassungsschutz und führt in seinem Katalog der rechten Phänomene Rassismus, Antisemitismus, nationalen Chauvinismus und Geschichtsrevisionismus auf. Allerdings nennt der Verfassungsschutz nur vier Merkmale neonazistischer Ideologie, die sozialwissenschaftlich untersuchbar seien. Rechte Gewalt wird (bewusst) von Seiten des Verfassungsschutz nicht als solche erkannt und benannt. Der NSU-Komplex sei an dieser Stelle nur als eines von vielen Beispielen genannt. Aus der Perspektive des Verfassungsschutz handelt es sich, ob nun im Beispiel des NSU-Komplex oder im Allgemeinen, um einzelne kleine Gruppen von Neonazis, also ein abgrenzbares Phänomen, das mit dem großen Rest der Gesellschaft nichts zu tun hat (vgl. Stuve 2014: 187).

Im Gegensatz dazu kann der Phänomenkatalog auf Seiten des „Linksextremismus“ inhaltlich nicht gefüllt werden:

[D]er Extremismusforschung gelingt es nicht, ihrem Begriff von „Linksextremismus“ einen empirisch fassbaren Gegenstand zuzuordnen, sodass bislang zur Kategorie „Linksextremismus“ kein entsprechendes soziales Phänomen ausgemacht werden konnte. Daher muss auch der Versuch scheitern, sie pädagogisch präventiv nutzbar zu machen (Fuhrmann/Hühmann 2017: 9).

So führt der Verfassungsschutz im Bezug auf „Linksextremismus“ auf, dass „Linksextremist*innen“ ihr Handeln an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Vorstellungen ausrichteten, Staats- und Gesellschaftsordnung abschaffen und damit auch direkt die Demokratie durch ein sozialistisches bzw. kommunistisches System oder eine „herrschaftsfreie, anarchistische Gesellschaft“ (BMI 2015: 64) ersetzen wollten (vgl. BMI 2015: 64). Die Ausrichtung von „Linksextremismus“ also kann nicht klar besprochen werden, da es diese faktisch nicht gibt.

Es lässt sich zusammenfassen, dass die Gleichsetzung von links und rechts an der Unvergleichbarkeit Ihrer politischen sowie gesellschaftlichen Ziele und Methoden scheitert. Linke Gewalt äußert sich meist in Form von Sachbeschädigung, wohingegen sich die Gewalt bei der extremen Rechten in der Regel gegen Personen richtet. Die extreme Rechte zielt auf die Ausrichtung ihrer Volksgemeinschaft auf der Basis von Rassismus, Antisemitismus und anderen entmenslichenden Strategien. Diesen stehen die „linksextremen“ Zielvorstellungen von einer solidarischen und diskriminierungsfreien Gesellschaft gegenüber. Die 2010 eingeführte Präventionsarbeit gegen „Linksextremismus“ scheitert also daran, dass sie nicht auf sozialwissenschaftlich erforschbare Phänomene des „Linksextremismus“ gestützt werden kann und somit gezwungen ist, auf Gegenstandsbestimmungen der Sicherheitsbehörden und der Extremismusforschung zurückzugreifen (vgl. Fuhrmann/Hühmann 2017: 7).



2. Was ist die „Mitte“?

Der sogenannten Mitte kommt in der Extremismustheorie von Backes und Jesse die Rolle zugute, sich als die Hüter*in über die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ inszenieren zu können. Damit wird eine Grenze zwischen der „Mitte“ und den extremen Rändern gezogen. Dass aber in der herrschenden konservativen Gesellschaftsform rechte, rassistische, antisemitische, homo- und transfeindliche und klassistische bzw. sozialdarwinistische Positionen vorhanden sind, wird durch die Extremismustheorie unsichtbar gemacht, obwohl sie rechter Hetze fruchtbaren Boden bietet. Dies gelingt durch Marginalisierung und Kriminalisierung emanzipatorischer, auf soziale Gerechtigkeit zielender Positionen und gleichzeitigem Kleinreden offener rechter Positionen und Gewalt.

Eckhard Jesse mahnt in seinem Artikel zu den Ereignissen in Chemnitz, bei den ganzen Ausschreitungen und dem öffentlichen Warnen vor „Rechtsextremismus“ auch die Gefahr von „Linksextremismus“ nicht zu vergessen. In seinem Artikel setzt er als jüngstes Beispiel „linksextremistischer“ Gewalt die Demonstrant*innen aus dem Hambacher Forst mit Neonazis auf den Straßen von Chemnitz und Köthen gleich (vgl. Jesse 2018). Der Vergleich der Protestform (das Anketten an Baumhäuser) und der Ziele der Umweltaktivist*innen (der deutsche Kohleausstieg) mit dem gezielten Jagen, Bedrohen und Verprügeln von erklärten Feindgruppen/ Feind*innen der Neonazis stellt eine Verharmlosung rechter Gewalt dar. Dies bestätigt erneut die Gefahr, die von der Extremismustheorie ausgeht. Sie führt zur Akzeptanz rassistischer, antisemitischer und anderer diskriminierender Positionen in der breiten Gesellschaft. Ein Angriff auf diese Haltung als Problem der „Mitte“, der sie als diskriminierend entlarvt, wird mit der Berufung auf „Ich bin ja kein Nazi“, oder „Die CDU ist die letzte Partei der Mitte (und somit per se nicht rassistisch)“ abgetan und wiederum an die sogenannten „extremistischen Ränder“ verschoben. Indem sie sich darauf berufen, „Teil der Mitte“ zu sein, oder der „Mitte“ anzugehören, werden gewaltvolle Positionen wie Rassismus oder Antisemitismus ganz einfach zurückgewiesen. Um eine solche Zurückweisung zu verhindern muss sich politisch-pädagogischer Arbeit gegen diskriminierende gesellschaftliche Positionen stellen. Dies bedeutet auch, Bündnisse und Kooperationen mit Gruppen einzugehen, die (radikal) linke Gesellschaftskritik üben, um sich neofaschistischer Hetze und Gewalt entgegenzustellen, die in der gesamten Gesellschaft zu finden sind.

3. Die Extremismustheorie und die Demokratieförderung aus Bundesmitteln

Nach der rassistischen Gewalt der 1990er Jahre in Solingen, Mölln, Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda und vielen anderen Orten in Deutschland wurden Bundesprogramme zur Förderung der Jugendarbeit gegen die extreme Rechte aufgesetzt. Stellte sich der damals verwendete Begriff „Rechtsextremismus“ noch aus sozialwissenschaftlich untersuchbaren Einstellungsmerkmalen zusammen – zudem ohne eine sogenannte „Mitte“ von ihrer Verantwortung zu entheben – wechselte mit der Regierung 2009 die inhaltliche Ausrichtung des Begriffs. Anstatt nun nachweisbare Einstellungsmerkmale wie Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus oder Sozialdarwinismus (um nur einige Merkmale neonazistischer Ideologie zu nennen) als Basis gegen ein Erstarken der extremen Rechten zu nutzen, entschied sich die große Koalition unter CDU/CSU und FDP dazu, den Extremismusbegriff inhaltlich an der Extremismustheorie der Sicherheitsbehörden auszurichten, d.h. an der Theorie von Backes und Jesse, die mit dem Blick auf eine Verwendung von Behörden erstellt wurde (vgl. Jesse/Backes 2014) und vom Innenministerium angekauft werden (Drucksache 17/2992 2010). Basis hierfür bildet die freiheitlich demokratische Grundordnung (fdGO), als Kern des demokratischen Verfassungsstaates. Wer gegen diesen Kern agiert, zeichnet sich laut Verfassungsschutz als Extremist*in aus (vgl. Fuhrmann/Hüneman



2017: 8). Aus diesem Paradigmenwechsel musste auf Drängen der großen Koalition ab 2010 und der Einführung der Initiative Demokratie stärken (IDS) auch Präventionsarbeit gegen links und gegen Salafismus in die Soziale Arbeit und entsprechend in die Bundesförderprogramme aufgenommen werden:

Die Forderungen entsprachen der Logik des Extremismuskonzepts, wonach alle Extremisten in ihrer Bedrohung für die Demokratie gleich sind (Fuhrmann/Hühnemann, 2017: 10). Im unter der Führung der SPD 2015 aufgelegten Bundesprogramm Demokratie leben! wurde der Extremismusbegriff zu vermeiden gesucht und in Bezug auf das Bundesprogramm von „linker Militanz“ gesprochen. Der Begriff „Rechtsextremismus“ bleibt bestehen. Allerdings stellt diese Form der Umbenennung von „Linksextremismus“ in „linke Militanz“ keinerlei Verbesserung dar. Die Forderung nach einer Präventionsarbeit bleibt nach wie vor bestehen, und damit implizit die Extremismustheorie und die Erzählung vom Hufeisen.

Was bedeutet das für die Soziale Arbeit?

Die Extremismustheorie ist gefährlich für die Soziale Arbeit, da sie emanzipatorische Arbeit sowie die Arbeit gegen die extreme Rechte bedroht. Sie dient für die Streichung öffentlicher Fördermittel als Argumentationsgrundlage. Einzelne emanzipatorische Einrichtungen bzw. Träger mit dem Arbeitsschwerpunkt die extreme Rechte, die gegen Diskriminierung kämpfen, stehen den staatlichen Organen kritisch gegenüber, eben weil diese Organe Ausgrenzung und Ungleichheit permanent reproduzieren, hervorbringen und festschreiben. Das veranschaulicht das eingangs genannte Beispiel von Miteinander e.V. in Sachsen-Anhalt. Auch in Berlin gibt es mehrere Versuche, emanzipatorischen Jugendclubs und Bündnissen öffentliche Gelder oder zu verleihende Preise zu entziehen, wodurch ihnen ihre Legitimität und Notwendigkeit im Kampf gegen die extreme Rechte abgesprochen wird. Die Soziale Arbeit, egal in welcher fachlichen Ausrichtung, hat die Aufgabe, sich gegen jede Form von Diskriminierung und rechte Gewalt zu stellen. Das bedeutet auch, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und andere Abwertungsmechanismen klar als Gewalt zu benennen. Es gilt auch, die zu benennen, die sich dieser Gewalt bedienen – ob das nun Politiker*innen sind, oder Poetiker*innen der konkreten Poesie.

Der Artikel stellt einen kurzen Überblick über die Komplexität des Themas „Extremismustheorie“ dar und möchte gerne alle Leser*innen dazu einladen, sich weiter mit der Verwicklung der Begriffe, der Theorie und Sozialer Arbeit zu beschäftigen.

Quellenverzeichnis

- BMI – Bundesministerium des Innern (2015). Verfassungsschutzbericht 2014, Berlin.
Deutscher Bundestag (2010). Antwort der Bundesregierung auf kleine Anfrage, Drucksache 17/2992, Berlin.
Fuhrmann, M. & Hühnemann, M. (2017). Fehlschlüsse der Extremismusprävention. Demokratieförderung auf ideologischen Abwegen. Hrsg. Rosa Luxemburg Stiftung, Analysen Nr. 38, Berlin.
Halle Spektrum (2018). CDU: Des Öfteren Zielscheibe des Vereins!, unter: <https://hallespektrum.de/nachrichten/politik/cdu-des-oefteren-zielscheibe-des-vereins/323041/>
Jesse, E. & Backes, U. (1989). Editorial 1989, unter: https://www.tu-chemnitz.de/phil/politik/pti/jahrbuch/1989_editorial.php
Jesse, E. (2018). Warum wir linke Gewalt milder bewerten als rechte Gewalt, unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/extremismus-warum-wir-linke-gewalt-milder-bewerten-als-rechte-gewalt/23087552.html>
Miteinander e. V. (2018). Zur jüngsten Pressekonferenz der AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, unter: <https://www.miteinander-ev.de/zur-juengsten-pressekonzferenz-der-afd-fraktion-im-landtag-von-sachsen-anhalt/>
Stuve, O. (2014). Nazis haben wir hier nicht. Überlegungen und Problematisierungen zu einem pädagogisch sinnvollen Verständnis und der Frage der Begriffs-Wahl. In K. Debus & V. Laumann (Hrsg.), Rechtsextremismus, Prävention und Geschlecht. Vielfalt_Macht_Pädagogik. Hans Böckler Stiftung, Arbeitspapier 302, Berlin.
Schwenkenbecher, J. (2018). AfD und CDU gemeinsam gegen links, unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/sachsen-anhalt-gemeinsam-gegen-links-14109620>



Impressum

Organize! Extreme Rechte und Rechtspopulismus im Rahmen Sozialer Arbeit
Heft 1
Dezember 2018

—

Herausgegeben von:
Alice Salomon Hochschule Berlin
ASTA Alice Salomon Hochschule,
Polis* der bezirklichen Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung
Antirassistische Registerstelle
AK rechte Gewalt

Alice-Salomon-Platz 5
12627 Berlin

V.i.S.d.P.:
A. Müller
Allee der Kosmonauten 3
10315 Berlin

—

Gestaltung Jan Barner

Die Verteiler*innen des Heftes sind nicht mit den Macher*innen identisch.
Die Texte geben nur die Meinung der jeweiligen Autor*innen wieder.

—

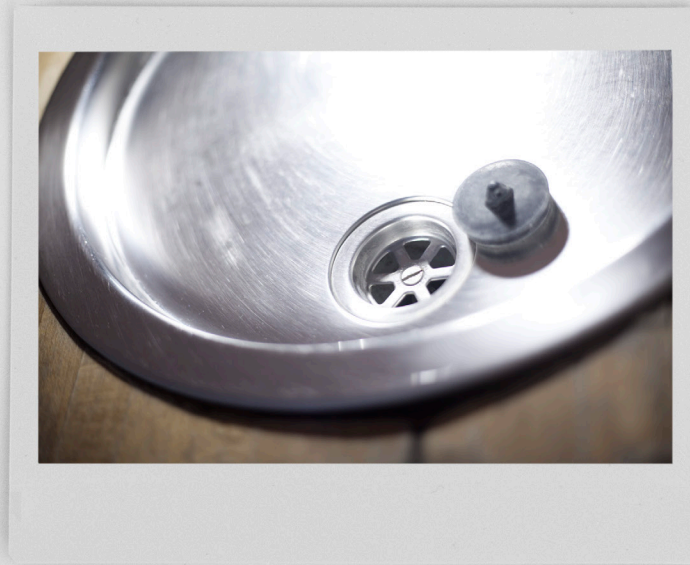
Wir verwenden als Geschlechterschreibweise das Gendersternchen (z. B. Aktivist*innen), um der Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und Lebensweisen Rechnung zu tragen. Das Sternchen hinter Männer* und Frauen* setzen wir, um auf (heteronormative) Zweigeschlechtlichkeit als soziales Verhältnis zu verweisen. Die Begriffe "Mann" und "Frau" sind keine fixen, natürlichen Kategorien, sondern Positionen in diesem Verhältnis.

—

Diese Ausgabe erscheint mit freundlicher Unterstützung den Partnerschaften für Demokratie Hellersdorf und der Alice Salomon Hochschule.



„Es sollte nicht auf irrationale Ängste eingegangen werden, sondern zu schauen, welche Bedürfnisse dahinter stehen und wie man diesen nachkommen kann.“ 1:00:16



„Wir lassen uns da nicht einschüchtern oder kriminalisieren und beziehen da weiterhin offene Position.“

Zitat des Table-Talks



#danke



Alice Salomon Hochschule Berlin
University of Applied Sciences



Stiftung SPI
Sozialpädagogisches
Institut Berlin »Walter May«



Partnerschaft für
Demokratie Hellersdorf



WIR FÜR KINDER, JUGEND UND FAMILIE



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

